

**DDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Januar/Februar  
2004

Neuer Weg

## Gewerkschaften wohin?

Schlechte  
Wegstrecke



## Inhalt:

|  |       |
|--|-------|
| <b>Uns reicht's! Kundgebung und Arbeitsniederlegung am 16. März 2004</b><br>von Schorsch Wiesmaier | S. 3  |
| <b>Wozu noch Gewerkschaften</b><br>von Detlef Hensche  | S. 4  |
| <b>Gewerkschaften: eine zeitlose soziale Bewegung</b><br>von Hannes Henjes                         | S. 6  |
| <b>Soziale Netzwerke</b><br>von Prof. Dr. Heiner Keupp   | S. 8  |
| <b>Die Siemens-Familie entlässt ihre Kinder</b><br>von Inken Wanzek                                | S. 10 |
| <b>Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders!</b><br>Aushang                                     | S. 12 |
| <b>Regionale Proteste vernetzen</b><br>Interview mit H.P. Gase vom Münchner Sozialforum            | S. 14 |
| <b>Bafög-Rasterfahndung</b><br>von Michael Bayer   | S. 15 |
| <b>Harte Kerle, coole Knarren</b><br>von Andreas Kirchhoff   | S. 16 |
| <b>Änderungen in der Beihilfe</b><br>von Wolfgang Fischer  | S. 18 |
| <b>Und weiter geht die Abzocke für den Standort</b><br>vom LandesstudentInnenausschuss             | S. 18 |
| <b>Berichte und Fotos von Aktionen</b>   | S. 19 |
| <b>Stellungnahmen zur G8</b>   | S. 20 |
| <b>Dies und Das</b>  | S. 22 |
| <b>Glückwünsche und Veranstaltungen</b>  | S. 23 |
| <b>Kontakte</b>  | S. 24 |

**Bei der e-mail-Adresse des polnischen Gymnasiums in Damnica, das Kontakt sucht, ist ein Fehler unterlaufen: richtig heißt sie: gimndamnica@interia.pl**

»Wer wird Millionär«-Frage am Montag, 13. Oktober 2003 bei Günther Jauch: Wofür steht das W im Kürzel GEW: »Gewerkschaft für Erziehung und ...«? Kandidat spontan: »Also, Wissenschaft is es nich.« Er weiß aber nicht, wozu er tendieren soll, Wohlfahrt oder sogar Wahnsinn. Weiterbildung gefiel ihm auch nicht. Jauch überredet ihn einen Joker zu nehmen. Das Publikum hat ihn dann gerettet.

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!



## Wir bitten um Aufmerksamkeit für die Zeilen an dieser Stelle ...

... denn manchmal ist es hilfreich, dieses Editorial zu lesen! Zum Beispiel, um zu verhindern, dass unschuldige PostbotInnen des schludrigen Umgangs mit der DDS bezichtigt werden. Niemand hat die Januar-DDS veruntreut! Es gibt im Januar grundsätzlich keine DDS. Das haben wir u.a. in der Dezember-Ausgabe an dieser Stelle angekündigt. Die vielen Nachfragen veranlassen uns, dies noch einmal klar zu stellen. Es waren nicht die KollegInnen von der Post!

Dass die vorliegende Ausgabe der DDS sich zu wenig mit den Sparmaßnahmen der Staatsregierung beschäftigt, nehmen wir an dieser Stelle schon als Kritik voraus. Dies ist den Feiertagen und dem frühen Redaktionsschluss (6. Januar) geschuldet. Auch unsere potentiellen AutorInnen hatten sich – trotz Stoibers Sparorgie – in die Weihnachtsferien verabschiedet. Wir bitten unsere LeserInnen, uns zugute zu halten, dass wir die Dezember-Ausgabe mit großem Kraftaufwand ganz aktuell gestaltet hatten. Nur der Empörung über die geplanten Maßnahmen erneut Ausdruck zu geben, wäre zwar möglich gewesen, schien uns aber angesichts der grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen, die die aktuelle Politik anstrebt, zu wenig. Für eine gründlichere Analyse aber braucht es Zeit. Wir werden in der März-Ausgabe die Auswirkungen auf die verschiedenen Bildungsbereiche näher beleuchten. Einzelne Diskussionsbeiträge und Berichte finden sich in diesem Heft ab Seite 18.

Zwei Drittel dieser DDS waren auch schon gedruckt, als der Landesausschuss der GEW Bayern am 24.1. beschloss, zu einer Protestkundgebung am 16. März aufzurufen, mit der auch eine Arbeitsniederlegung verbunden sein soll. Deshalb gibt es in dieser Ausgabe auch »nur« den schnellen Bericht von Schorsch Wiesmaier auf der nächsten Seite. Alle erforderlichen weiteren Informationen werden euch auf anderem Wege erreichen, per Post, in den öffentlichen Medien oder über die homepage, die wir – nicht nur deshalb – dringend eurer Aufmerksamkeit empfehlen: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe stellt die Frage nach zukünftigen Formen gewerkschaftlicher Arbeit und passt u.E. gerade deshalb zur Diskussion um die bayerischen Sparmaßnahmen. Denn es geht um die Formen der Gegenwehr in einer Zeit, in der die in diesem Land traditionellen Formen gewerkschaftlicher Einflussnahme an ihre Grenzen gekommen scheinen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch bewusst werbend auf Publikationen, die sich – deswegen meistens am Rande der ökonomischen Existenz – dem medialen Mainstream verweigern. Das wollen wir auch fortsetzen. Karin Just

Dass die Informationen einer Monatszeitschrift in dieser Zeit politischer Kurz- und Schnellschüsse bei Erscheinen schon veraltet sein können, zeigt folgendes Beispiel: Am Tag als dieses Editorial geschrieben wird (spätestmöglich für den Druck der letzten Seiten am 27.1.) berichtet die »Süddeutsche Zeitung«, auch für BeamtInnen sollen jährlich 40 Euro Praxisgebühr anfallen, statt 20 Euro, wie in unserem Artikel zur Beihilfe auf Seite 18 beschrieben, der bereits gedruckt ist. Hätte die »SZ« diese Meldung erst morgen erwähnt, würde diese Korrekturmotiv fehlen.

## Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: [info@bayern.gew.de](mailto:info@bayern.gew.de)

**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 3894 87 e-mail: [Karin.Just@t-online.de](mailto:Karin.Just@t-online.de) und [KJ@bayern.gew.de](mailto:KJ@bayern.gew.de)

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): S. 15 Manfred Vollmer

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates

# Uns reicht's! Kundgebung und Arbeitsniederlegung am 16. März 2004

Der Landesausschuss der bayerischen GEW befasste sich am 24. Januar mit der Planung weiterer Maßnahmen gegen Stoibers Kürzungsorgie. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die GEW Bayern führt am Dienstag, den 16. März 2004, eine zentrale Protestkundgebung und Demonstration in München durch. Der 16. März wurde deshalb als Termin gewählt, weil im Bayerischen Landtag an diesem und am nächsten Tag die abschließenden Beratungen zum Nachtragshaushalt 2004 stattfinden.

Zur Teilnahme an dieser Protestkundgebung und Demonstration ruft die GEW zur Arbeitsniederlegung auf, wenn dafür mindestens 2.500 Bereitschaftserklärungen vorliegen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der bayerischen GEW – und auch in der Geschichte Bayerns – steht damit eine Arbeitsniederlegung von verbeamteten Lehrkräften zur Debatte. Selbstverständlich war uns bei der mit großer Mehrheit im Landesausschuss getroffenen Entscheidung klar, dass wir damit (nach herrschender Rechtsmeinung) zu einer Regelverletzung aufrufen, die dienstrechtliche oder disziplinarische Konsequenzen haben kann – obwohl die internationale Arbeitsorganisation (IAO) immer wieder an dem Streikverbot für Beamtinnen und Beamte in der Bundesrepublik vehement Kritik geübt hat.

Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen detailliert über mögliche dienstrechtliche bzw. disziplinarische Folgen von Arbeitsniederlegungen informieren.

Die GEW hat sich entschieden – bei Erreichen des Quorums – dennoch zur Arbeitsniederlegung aufzurufen, weil wir meinen, dass mit den Stoiber'schen Ankündigungen in seiner Regierungserklärung vom November 2003, die Anfang des Jahres auf der CSU-Klausurtagung in Kreuth weitgehend bestätigt wurden, die Grenzen der Zumutbarkeit überschritten sind. Und außerordentliche Zumutungen erfordern außerordentliche Gegenmaßnahmen.

Die GEW hat in den letzten Wochen und Monaten viele Protestaktionen initiiert und sich an vielen beteiligt, von Unterschriftensammlungen bis zu Demonstrationen. Jetzt ist es an der Zeit, den Widerstand zu verstärken.

Wir protestieren gegen eine Politik, die nicht nur nichts dagegen tut, dass die öffentlichen Kassen immer leerer werden, sondern im Gegenteil: Durch Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen werden weitere Einnahmeverluste bewusst herbeigeführt. Der private Reichtum steigt, der Staat wird immer ärmer (Die privaten Netto-Gewinn- und Vermögenseinkommen stiegen von 1991 bis 2002 um 50 %). Dies ist kein natürlicher Vorgang, sondern Resultat einer Politik, wie sie sowohl von der Bundesregierung als auch von der Opposition, also auch von der CSU, vertreten wird. Die Senkung des Spitzensteuersatzes ist das jüngste Beispiel. Die GEW fordert, die Einnahmen zu erhöhen, statt bei der Bildung oder bei der Gesundheit und anderen öffentlichen Diensten zu kürzen.

Wir protestieren gegen die geplante Kürzung öffentlicher Mittel an den Schulen, über die Jugendarbeit bis zu den Hochschulen (Einführung von Verwaltungs- und Studiengebühren) und der Erwachsenenbildung. Wir protestieren gegen Schulreformen wie die handstreichartige Einführung des G8, die ausschließlich aus ökonomischen Gründen durchgepeitscht wird, zu Lasten der davon betroffenen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte. Und wir protestieren gegen weitere Arbeitszeiterhöhungen im öffentlichen Dienst; an den Schulen wehren wir uns insbesondere gegen die Pflichtstundenerhöhungen und gegen die gleichzeitigen Gehaltskürzungen durch Streichung des Urlaubsgelds und Absenkung des Weihnachtsgelds.

Der Widerstand seit der Regierungserklärung Stoibers im November 2003 war bunt und heftig; da und dort wurden auch minimale Verbesserungen erreicht, aber insgesamt hält der Ministerpräsident weiter stur am Kürzungsvolumen von 2,5 Milliarden fest, auch das G8 soll unverändert ab 2004 eingeführt werden.

Nun gilt es noch einmal zuzulegen und die Gegenwehr in einem breiten Bündnis zu bündeln und durch Arbeitsniederlegungen zu intensivieren. Uns reicht's. Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.

**von Schorsch Wiesmaier**

Vorsitzender der GEW Bayern



**Achtung! Allerletzte Meldung:  
Da sich möglicherweise der Termin der Beratungen zum Nachtragshaushalt verschiebt, verschiebt sich auch die Kundgebung. Bitte unbedingt Medien und unsere homepage beachten: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)**

## **Auszug aus einem Kommentar im »Rüsselsheimer Echo« vom 19.11.2003 zur Arbeitsniederlegung hessischer LehrerInnen am Vortag, zu der die GEW Hessen aufgerufen hatte:**

»Wenn Lehrer den Protest gegen Sparmaßnahmen nutzen, um auch gegen die befürchtete eigene Mehrarbeit zu demonstrieren, kann sich mancher Zeitgenosse ein Lächeln nicht verkneifen. (...) Trotzdem gehen die Pädagogen für ihr Anliegen und den befürchteten Sozialabbau auf die Straße, riskieren dafür Disziplinarmaßnahmen und Gehaltseinbußen. Sie nehmen in Kauf, dass ihre Schüler einen Tag lang auf Unterricht verzichten müssen, vielleicht ganz zu Hause bleiben.

Aber sie setzen damit auch ein Zeichen, das frühere Schülergenerationen bei damaligen Lehrern oft vermisst haben: Sie treten ent-

schieden für ihre Ziele ein. Auch wenn es ihnen selbst Probleme bringt, kämpfen sie gegen das, was sie ungerecht finden, und sprechen laut aus, dass sie diese Entwicklung nicht wollen. Pädagogen beziehen öffentlich Stellung und zeigen politisches Bewusstsein. Lange hat es das so nicht gegeben.

Vielleicht lernen Schüler an diesem Vorbild mehr über ziviles Engagement als in mancher Schulstunde. Wenn das geglückt wäre, hätten die Jugendlichen wegen des Unterrichtsausfalls gestern nichts versäumt. Im Gegenteil.«

Sabine Richter



# Wozu noch Gewerkschaften?

## **Sind die Gewerkschaften am Ende?**

Folgt man der herrschenden Meinung, ist die Frage entschieden. Das jedenfalls ist das Bild, das sich täglich bietet: Unbeweglich und betonköpfig blockieren die Gewerk-

schaften die überfälligen wirtschaftspolitischen Reformen, konservieren in ihren sozialpolitischen Vorstellungen die industrielle Welt von vorgestern, blind gegenüber dem gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel und den Herausforderungen der Zukunft; sie sind fixiert auf eine bornierte Interessenwahrnehmung zugunsten der Arbeitsplatzbesitzer und zu Lasten derer, die als Arbeitslose oder prekär Beschäftigte bereits ausgeschlossen sind, kurz, ein Altherrenclub, über den soeben die Geschichte hinweggeht.

Solches und Ähnliches lesen und hören wir täglich, in den Medien, in der politischen Debatte, neuerdings auch aus sozialdemokratischem Mund. Das Bild ist nicht neu, doch die Einheitlichkeit des Urteils und die Schärfe seines Vortrags sind ungewohnt und lassen schrecken. Da bleibt es nicht aus, dass selbst in den Publikationen für die gebildeten Stände, die an sich einem demokratischen und im besten Sinne liberalen Verfassungsverständnis verpflichtet sind, mal eben Eckpunkte verfassungsrechtlich verbürgter Sozialstaatlichkeit, wie z.B. Tarifautonomie und Streikrecht, zur Disposition gestellt werden.

Nun kennen wir den typischen Reflex der solcher Art Vorgeführten: Wir schelten die Medien, reden beschwörend von einer Kampagne und versuchen, in der Opferrolle Trost zu finden. Doch werfen wir etwa einen Blick auf das Schauspiel, das kürzlich mehr oder minder verantwortliche Funktionäre der IG Metall der fassungslosen Mitgliedschaft vorführten, so scheint dies sämtliche Vorurteile zu bestätigen; als befänden wir uns auf dem Weg der Selbstabwicklung! Oder: Wenn Abbau arbeitsrechtlichen Schutzes und Kürzung sozialer Leistungen bei gleichzeitiger Reichtums-Pflege in der Bevölkerung, auch in der Mitgliedschaft, hingenommen, ja als »Reform« akzeptiert werden, kann man dies nicht allein dem »Gegner« anlasten; da muss in der eigenen Arbeit etwas schief gelaufen sein. Darauf ist zurückzukommen.

Doch vorab sei vor Panik gewarnt. Wir erleben – hierzulande wie andernorts – einen Triumph neoliberaler Politik, der einen ungeahnten Konformitätsdruck ausübt und keine Alternativen duldet. Nun wissen wir: Wer sich herrschenden Dogmen verweigert, stört. Kann es da überraschen, wenn Kritiker, die jenem Kurs entgentreten und auf dessen desaströse Folgen aufmerksam machen, als Reform- oder Globalisierungsgegner denunziert werden, ganz im Stile altbekannter Ausgrenzungsmuster? So gesehen müsste es eher

nachdenklich stimmen, wenn sich die herrschende Meinung nicht auf die Gewerkschaften einschließen würde.

Gleich ob nun Modernisierer oder Traditionalisten den Ton angeben – die Gewerkschaften können gar nicht anders, als zum Beispiel auf den Kündigungsschutz pochen, die Privatisierung der sozialen Sicherung bekämpfen, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verteidigen und die Minderung der Arbeitslosenhilfe zu verhindern suchen, dies übrigens ausdrücklich im Interesse derer, die nicht »Arbeitsplatzbesitzer« sind. Oder: Sollten die Gewerkschaften der Verarmung der öffentlichen Hand im Namen einer umverteilenden Haushalts- und Steuerpolitik zugunsten von Geldvermögens-Besitzern kommentar- und tatenlos zusehen? Ist es borniert, daran zu erinnern, dass knappe öffentliche Kassen und Haushaltslöcher politisch gewollt sind, also auch revidierbar? Und eine Umkehr ist geboten, wenn man den zur propagandistischen Beliebigkeit verkommenen Begriff der Nachhaltigkeit ernst nimmt: Es geht um die gesellschaftliche und öffentliche Infrastruktur, die wir unseren Kindern hinterlassen und von deren Verlässlichkeit und Qualität Ökonomie und Wohlstand der künftigen Generationen abhängen. Nebenbei, die Gewerkschaften haben angesichts des Umstandes, dass heute jedes dritte neu aufgenommene Mitglied jünger als 27 Jahre ist, mehr Legitimation, für die künftige Generation zu sprechen, als alle politischen Parteien zusammen genommen!

## **Köpfe und Herzen erreichen**

So viel zur notwendigen Entdramatisierung. Wichtiger ist der Blick aufs eigene Verhalten. Um dies an Beispielen der jüngsten Vergangenheit deutlich zu machen: Dass die IG Metall jüngst für kürzere Arbeitszeiten gefochten hat, dafür verdient sie eigentlich Lob. Dass sie, nach dem Erfolg in der Stahlindustrie, in der Metallindustrie aufgeben musste, ist ein beschäftigungspolitischer Rückschlag, der alle trifft. In einer Wirtschaft, die dank Produktivitätsfortschritt Jahr für Jahr bei schrumpfender gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit ein wachsendes Sozialprodukt erzeugt, ist eine solidarische Arbeitsumverteilung unverzichtbar. Geschieht dies nicht, schlägt sich der steigende Freizeitgewinn in wachsender Arbeitslosigkeit nieder – der sozial und ökonomisch unsinnigsten Verteilungsvariante. Doch wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die 35-Stunden-Woche ihre politische Symbolkraft verloren hat. Dies kann nicht allein dem »Gegner« angelastet werden. Es ist ja unbestreitbar, dass sich die Arbeitsanforderungen geändert haben und weiter ändern werden, unter anderem mit der Folge, dass sich der Umgang mit der eigenen Arbeit und das Arrangement der eigenen Freizeit ausdifferenzieren. Sie lassen sich nicht mehr über den Leisten einer Einheitsforderung schlagen. Zugleich schwindet die Bedeutung der wöchentlichen und täglichen Stundenbegrenzung als Gewährleistung eigener Freizeit. Der Acht-Stunden-Tag war in Zeiten der industriellen Maloche eine erlebbare Befreiung. Heute gewinnen dagegen qualitative Zonen garantierter Freizeit wachsendes Gewicht, wie der freie Samstag, das Kontingent

selbst bestimmter freier Tage, das Recht auf Weiterbildung, die Ruhephase nach einem Projektabschluss oder der Zusatzurlaub einschließlich eines Sabbaticals. Auch solche Freizeiträume sind typisierbar und demnach tarifpolitischer Rechts einräumung zugänglich.

Der selbstkritische Umgang mit der 35-Stunden-Woche heißt also nicht, auf Arbeitszeitverkürzung verzichten – im Gegenteil! Nur enthält die Zielmarke der 35-, realistischer übrigens: der 30-Stunden-Woche für viele Beschäftigte nicht mehr eine reale Größe, um der eigenen Arbeit Grenzen zu setzen; bestenfalls wirkt sie als eine Art Leitwährung oder Umrechnungskurs, aus der sich das Volumen an freier Zeit bestimmen lässt, zu dem der eigene Anteil an Wertschöpfung und Produktivität berechtigt. Die Kritik richtet sich mit anderen Worten darauf, dass wir Gefahr laufen, den Kontakt zu den realen Bedürfnissen und Präferenzen, die Anknüpfung ans Alltagsbewusstsein zu verlieren. Für die Gewerkschaften wäre dies verhängnisvoll. Ziele, die die Lebenswirklichkeit eines wachsenden Teils der Mitgliedschaft nicht mehr einfangen, laufen Gefahr, die Köpfe und Herzen nicht mehr zu erreichen mit der weiteren Folge, selbst gegen die unsinnigsten Einwände schutzlos zu werden. Hinzu kommt: Für die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, die mehr denn je auf Teilzeitjobs abgedrängt werden, war die 35-Stunden-Woche schon gestern schwer nachvollziehbar. Ja, glaubt man(n) wirklich, mit der tarifpolitischen Fixierung auf die Begrenzung der Erwerbsarbeit unter Ausblendung der Reproduktionsarbeit die Situation all der Frauen zu treffen, die durch Mehrfachbelastung und schlechte Bezahlung den Preis für das männlich dominierte Normalarbeitsverhältnis zahlen? Hier drohen uns die soziale Wirklichkeit und die daraus resultierenden individuellen Lösungen der Frauen davonzulaufen. Für die Tarifpolitik kann das einen empfindlicheren Substanzverlust heraufbeschwören als die Tariffucht einzelner Arbeitgeber!

### **Auf sich allein gestellt**

Eine andere Herausforderung stellt sich zwangsläufig mit dem Seitenwechsel der SPD, von den Grünen ganz zu schwei-

gen. Gewerkschaftliche Autonomie, seit der Massenstreik-Debatte Anfang des 19. Jahrhunderts, erst recht seit Gründung der Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg fester Bestandteil gewerkschaftlicher Konfession, wird plötzlich erstmals real abgefordert. Wenn Gewerkschaften der Realität gerecht werden wollen, müssen sie sich der Tatsache stellen, dass ihnen ihr traditioneller Weggefährte abhanden gekommen ist, nicht erst seit der Zustimmung zur Agenda 2010. Erstmals sind die Gewerkschaften auf sich allein gestellt. Das macht allem Anschein nach auch die Härte und Unbarmherzigkeit aus, mit der die Gewerkschaften derzeit in die Isolation gedrängt werden.

Eine erste Antwort lautet, die Basis im gesellschaftlichen und sozialen Umfeld zu verbreitern. Den Luxus der Selbstgewissheit der eigenen Rolle, die mitunter zu überheblicher Distanz gegenüber anderen Initiativen und Vereinigungen führte, werden sich die Gewerkschaften künftig nicht mehr leisten können. Nicht, dass jetzt allorten krampfhaft und blind Bündnispartner eingesammelt werden müssten. Doch es gibt Themen, die geradezu danach rufen, gemeinsam mit anderen aufgegriffen zu werden. Das gilt erst recht, wenn sie mit tarifpolitischen Mitteln nicht oder nur mangelhaft zu lösen sind. Die zunehmende – politisch verantwortete – Polarisierung und Verarmung in unserer Gesellschaft muss zum Beispiel den Kirchen ebenso nahe gehen wie den Gewerkschaften. Oder: Der Ausverkauf kommunaler Einrichtungen, um die Finanznot der Gemeinden vorübergehend zu lindern, trifft zahllose Bürger, die durchaus auf Unterstützung der Gewerkschaften angewiesen sind; ver.di setzt sich derzeit gemeinsam mit örtlichen Initiativen mit Erfolg in mehreren Gemeinden gegen die Privatisierung von Krankenhäusern zur Wehr.

### **Geliehene Autorität**

Um den Stein noch weiter zu werfen: Die öffentliche und gesellschaftliche Autorität der Gewerkschaften beruht nicht zuletzt auf ihrer Einbettung in das soziale und staatliche Gefüge der Bundesrepublik. Solange Tarifverträge ihre Ordnungsfunktion erfüllten, brauchten die Unternehmer die Gewerkschaften. In Zeiten der Tarif-Erosion

### **Von der globalisierungskritischen Bewegung lernen**

»Was Unternehmensberatungen den Gewerkschaftszentralen als Konzepte »moderner Betriebsführung« gegen viel Geld anpreisen und was von diesen als ein Schlüssel zukunfts-trächtigen Strukturwandels betrachtet wird, stellt in den Netzwerken sozialer Bewegungen eine selbstverständliche Grundvoraussetzung dar: Die Pluralität von Meinungen zu akzeptieren; eine Dezentralisierung von Entscheidungen; die Einbeziehung der Erfahrungen der Einzelnen; statt strikter Arbeitsteilung die überschaubare, sachlich orientierte Projektarbeit und eine prozessorientierte Formulierung von Standpunkten, die auf eine Weiterentwicklung derselben zielt. Von diesen Netzwerken könnten die Gewerkschaften lernen, was es heißt, große Massen zur Debatte, Kooperation und Aktion zu befähigen – ohne Bürokratie und ohne Hierarchie. (...) Die Attraktivität der Gewerkschaften für Nichtmitglieder, insbesondere für jüngere Menschen in der Ausbildungsphase oder zu Beginn ihres Erwerbslebens dürfte vor allem davon abhängen, ob es den Gewerkschaften gelingt, sich als Teil einer »globalen Bewegung für soziale Gerechtigkeit und menschliche Sicherheit« Gehör zu verschaffen.«

Vorstehendes Zitat von Prof. Dr. Birgit Mahnkopf stammt aus einem Referat vor der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Niedersachsen. Leider fehlt uns der Platz, mehr davon abzudrucken. Wir stellen deshalb ihre sehr interessante Analyse auf unsere Homepage: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)



ist das nicht mehr der Fall. Zugleich waren und sind die Gewerkschaften – auch als Ergebnis erfolgreicher Kämpfe um soziale Reformen – in vielfältiger Weise institutionell präsent, in den Einrichtungen der Sozialversicherung, in der Mitbestimmung, in öffentlichen Institutionen, von der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit bis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und nicht zuletzt in Gesprächskreisen auf Regierungsebene, von der Konzierten Aktion bis zu den unterschiedlichen Bündnissen für Arbeit, runden Tischen etc. Heute erleben wir, dass all das brüchig wird, was der Rheinische Kapitalismus an formellem und informellem Institutionengeflecht unter Beteiligung der Sozialpartner geschaffen hat. Eine solche korporatistische Einbettung schafft Anerkennung; doch es ist geliehene Macht. Diese Autorität schwindet, unaufhaltsam. Ein Trautänzer, wer glaubt, durch Stillhalten auch morgen noch bei Hofe willkommen zu sein und von dessen Glanz etwas mitnehmen zu können!

Wenn geliehene Autorität schwindet, gilt es, eigene aufzubauen. Dies kann nur gelingen, wenn die sozialen Wurzeln gestärkt werden. Kraft können die Gewerkschaften erhalten und neue hinzugewinnen als überzeugender Anwalt der Opfer einer Ökonomie, die sich nur einem Ziel, dem der maximalen Kapitalrendite, verpflichtet weiß und zu deren Förderung derzeit fast alle gesellschaftlichen Sektoren den Gesetzen von Markt- und Kaufkraft unterwirft. Betroffen sind die Arbeitnehmer/innen, vor allem die, die heute bereits an den

Rand gedrängt sind, als prekär Beschäftigte und als Arbeitslose. Denen also, die unten stehen, eine Stimme zu geben, authentisch und unverfälscht, sollte wie bei der Entstehung der Gewerkschaften vor langen Jahrzehnten, Auftrag sein. Hier liegt die Legitimation der Gewerkschaften.

Überflüssig zu betonen, dass dies ein steiniger Weg ist. Immerhin gilt es, von einer Integrations- und Mitbestimmungs- Kultur Abschied zu nehmen, die ganze Generationen von Aktiven geprägt hat. Doch die Neubesinnung scheint unverzichtbar. Vielleicht tut es sogar gut, unter dem Eindruck der aktuellen Angriffe eine Phase der Selbstvergewisserung über die Wurzeln eigener, und zwar authentischer, Autorität einzuleiten. Dies wäre im Übrigen ein Projekt, das der Begleitung und Unterstützung vieler bedarf, auch außerhalb der Gewerkschaften.

**von Detlef Henschel**

1992 bis 2001 Vorsitzender  
der IG Medien



Mit freundlicher Genehmigung von Autor und Redaktion, aus: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn, Heft 8/2003

Die »Blätter für deutsche und internationale Politik« erscheinen als Monatszeitschrift in der Blätter Verlagsgesellschaft mbH Bonn, Postfach 2831, 53018 Bonn, Fax: 0228-650251. Dort kann ein kostenloses Probeheft oder ein Probeabonnement für 10 Euro für die nächsten zwei Ausgaben ohne automatische Verlängerung angefordert werden. Das Jahresabonnement kostet 70,80 Euro, für Studierende 54,60 Euro. Einen Einblick in die Themen bietet auch die Homepage im Internet: [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

## Gewerkschaften: eine zeitlose soziale Bewegung

### Gedanken bei der Lektüre des »Freitag«

Nach dem Sonderparteitag der SPD, der die Agenda 2010 absegnete, verließ der langjährige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Henschel, demonstrativ die Partei. In einem Gespräch mit der Ost-West-Wochenzeitung »Freitag« bezeichnete er die Agenda als ein »Verarmungsprogramm«, das »die Rolle des Staates im Kern darauf reduziert, die Interessen derer zu bedienen, die über Vermögen verfügen.« Gefragt nach »relevanten Gegenkräften«, d.h. den Gewerkschaften, antwortete er: »Wichtig ist vor allem, aus der Ecke des verstaubten Traditionsbewahrs herauszukommen. Nicht in dem Sinne, dass das, was die Gewerkschaften vertreten, veraltet und deshalb falsch wäre. Veraltet sind neoliberale Modelle.

Sie weisen in ihrer erschreckenden Naivität ins 18. Jahrhundert zurück.«

Damit bringt der Gewerkschafter auf den Punkt, was hierzulande in der allgemeinen Privatisierungs- und Deregulierungswut kaum noch jemand ausspricht, weil man/frau doch nur auf taube Ohren stößt. Die Utopie des Wirtschaftsliberalismus reicht in seinen Ursprüngen weiter in die Vergangenheit zurück als alle sozial geprägten

Gegenmodelle, und er gründet sich auch heute noch auf die wahrhaft naive Vorstellung, dass es das Beste für die Gesellschaft sei, wenn jeder Mensch ausschließlich seine eigenen wirtschaftlichen Pläne verfolge. Eine »unsichtbare Hand« sorge dafür, dass der Egoismus des Einzelnen letztlich dem allgemeinen Wohl diene, auch wenn es das Individuum nicht beabsichtigt. Der bedingungslose Glaube an den Markt, wie er viele Menschen im 20. und 21. Jahrhundert beherrscht, hier kommt er her.

### Das historische Gegenmodell

Die Arbeiter hätten sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht enttäuscht vom Liberalismus abgewandt, wäre er ihnen gerecht geworden. Doch das Gegenteil war der Fall. Die Verarmung und Verelendung ergriff so viele von ihnen, dass sie begriffen: Sie mussten sich selber helfen, wenn sie überleben wollten. Gewerkschaften und sozialistische Parteien entstanden also, weil der Wirtschaftsliberalismus viel zu viele Menschen vom Wohlstand ausschloss. Dieses Grundverhältnis zwischen Marktherrschaft und gewerkschaftlicher Gegenmacht, die sich durch den Gedanken der Solidarität rechtfertigt, ist bis heute erhalten geblieben.

### Eine Lanze für den Streik

In der selben Ausgabe des »Freitag« (Nr.28/2003) findet sich ein Beitrag zum mächtigsten Kampfmittel der Gewerk-



schaften, dem Streik. Es ist der Leitartikel dieser Nummer und er stammt von Michael Jäger. Gegen die »Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung« von der FAZ bis zur taz, die der IG Metall die Alleinschuld an der Streikniederlage des vergangenen Sommers gaben, bricht der Autor eine Lanze für diese große Gewerkschaft und deren Streik. Zwar kritisiert er die Verantwortlichen in der IG Metall für den verlorenen Arbeitskampf, doch ohne Umschweife stellt er fest: »Die SPD ist schuld.« Wie das?

Schröder sei auch deshalb wiedergewählt worden, weil seine Partei angekündigt habe, bis 2007 solle es in West- und Ostdeutschland gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben. Vor allem diese Forderung habe die IG Metall mit ihrem Streik durchsetzen wollen. Doch der Kanzler habe nicht nur sein Wahlversprechen gebrochen, sondern den Gewerkschaften auch noch zynisch geraten, sich auf den ostdeutschen »Standortvorteil« zu besinnen, »dass ostdeutsche Arbeiter billiger zu haben sind als westdeutsche.« Jäger fragt: »Wie können sich

Westkollegen unter solchen Umständen ermutigt fühlen, ihren Egoismus zu überwinden und die im Osten streikenden Metalller zu unterstützen?«

Ebenfalls im »Freitag« schildert die Schauspielerin Käthe Reichel die Befindlichkeit von

Menschen, die den Kampf für ihr Recht auf Arbeit von vorn herein verloren geben und nur noch darauf hoffen, Gnade zu finden vor der Allmacht des Marktes. Der Beitrag, der den bezeichnenden Untertitel »Lied von der großen Kapitulation« trägt, gibt die Äußerung einer Frau gegen Ende der »historischen« Streikniederlage wieder: »Wir sind keine Streikbrecher. Warum sollen wir wegen drei Stunden mehr in der Woche streiken? Wir wollen doch nur unsere Arbeit nicht verlieren; wir sind doch froh, dass wir noch Arbeit haben, bei so viel arbeitslosen Menschen.« Niemand verurteile diese Frauen! Doch ihr Beispiel zeigt, wie die Angst vor der Arbeitslosigkeit sie gefügig macht und daran hindert, sich mit ihren streikenden KollegInnen zu solidarisieren, was sie vermutlich lieber täten, weil sie sich dafür weniger schämen müssten, vor sich wie vor den anderen.

Käthe Reichel lehnt es ab, von einem »dummen, aberwitzigen Streik« zu reden. So lange in Deutschland der Konsens gelte: »Alle sind gleich, aber einige sind gleicher«, bräuchten das Land und die Bürger »Leute wie Jürgen Peters«, d.h. kämpferische Gewerkschaften. Und hier trifft sie sich mit Michael Jäger und Detlef Hensche. Allerdings plädieren beide für eine generelle Überprüfung der gewerkschaftlichen Strategie, insbesondere in Hinblick auf eine neue Bündnisorientierung. Ins Auge zu fassen seien daneben »weitergehende Aktionsformen«. Hensche meint »Protest- und Demonstrationstreiks«, die in anderen europäischen Ländern »nicht nur gang

und gäbe, sondern auch Bestandteil der Verfassungsordnungen« seien.

## Strategischer Dialog

Michael Jäger, der zu einem ähnlichen Ergebnis kommt, setzt einen weiteren Akzent. In seinem Artikel »Figaros Hochzeit« (Freitag 37/2003), empfiehlt er der IG Metall, »im Dialog

die Argumente der Regierung (zu) schwächen und den harten Kampf nicht (zu) scheuen«. Dabei müsse der Dialog so angelegt sein, »dass sich in ihm die Auflösung des harten Kerns der Gegner-Position vollzieht und dass sie öffentlich kommuniziert wird.« Und das Thema des Dialogs? »Man wartet längst darauf, dass endlich einer der großen Akteure der Republik – ein solcher ist die IG Metall – aufsteht, um so höflich wie laut zu fragen, ob wir überhaupt noch einen Staat haben. Einen Staat! Das heißt: ein Organ des Gemeinwohls.« Ein Organ des Gemeinwohls und nicht das Organ derer, die da Güter besitzen und sie auf Kosten der Allgemeinheit mehr wollen!

## Die alte und neue soziale Bewegung

Anders gesagt: Den Gewerkschaften stellt sich im Grunde die gleiche Aufgabe wie vor 150 Jahren, wenn auch auf höherem sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Niveau, was allerdings für die Geringsten der Geringen unter uns nur wenig ausmacht. Im 19. Jahrhundert kämpften die Gewerkschaften im Verein mit der SPD gegen die Verelendung der Massen an, heute stehen sie zusammen mit anderen Bündnispartnern in der Abwehr des »Verarmungsprogramms« der Agenda 2010, der offiziellen Politik einer Regierung, die von der SPD geführt wird. Damals wie heute ging und geht es dabei letztlich um die Unterordnung des Kapitals unter das Gemeinwohl. Ob als »alt«, ob als »neu« bezeichnet, in ihrem zeitlosen Streben nach sozialer Gerechtigkeit und in ihrem gegenwärtigen Kampf für die Erhaltung des Sozialstaats sind die IG Metall und all die anderen Gewerkschaften, kurz, ist der Deutsche Gewerkschaftsbund trotz aller notwendigen Kritik eine unverzichtbare soziale Bewegung.

von Hannes Henjes

Mitglied der DDS-Redaktion  
Gymnasiallehrer im »Unruhestand«  
e-mail: h.henjes@web.de



Spannende Artikel zum Thema »Gewerkschaften« und anderen gesellschaftspolitischen Fragen finden sich in fast jeder Ausgabe der Wochenzeitung »Freitag«, die deshalb den LeserInnen der DDS empfohlen sei. Ein achtwöchiges Probeabo gibt es für 10 Euro: AVZ GmbH, Aboservice Freitag, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Fax: 030-53 21 08 95. Im Internet findet man den »Freitag« unter: www.freitag.de

»Die Rette-sich-wer-kann-Mentalität (die Fortsetzung von »Jeder ist seines Glückes Schmied«) entpuppt sich als das Vorhaben, beim gemeinsamen Untergang des kapitalistischen Bootes als Letzter oder doch zumindest später dranzukommen. Und wenn die anderen absaufen, an uns ist es noch nicht, an uns liegt es auch nicht, wir verhalten uns ganz normal. So helfen wir in diesem Spiel der beschleunigten Exklusion praktisch mit, unzählige über Bord zu werfen, bevor wir selbst an der Reihe sind. Es erscheint als das Selbstverständlichste auf der Welt. (...) Diese Struktur ist aber keine Natur, auch wenn sie als zweite Natur erscheint. Sie verfügt über uns, nicht nur weil wir uns fügen, sondern sie mit unseren Handlungen und Überzeugungen stets neu hervorbringt.«

Franz Schandl, Freitag 4-2003



# Soziale Netzwerke

## Vermessung des Sozialen – Alltägliche Ressourcen – Die Zukunftsgesellschaft



Die Netzwerkidee hat ihren Siegeszug in den 80er Jahren angetreten und das in einer durchaus ambivalenten Gestalt. Der Hintergrund dafür war, dass wir am Beginn einer gesellschaftlichen Entwicklung stehen, die die Signatur der modernen Gesellschaft nachhaltig verändern würde.

Verfalls- oder Zerfallsdiagnosen haben in Phasen gesellschaftlichen Umbruchs immer Hochkonjunktur und das ist nicht erstaunlich, denn das ist ja ein Wesensmerkmal jeder dynamischen Entwicklung, dass etwas aufbricht, bislang selbstverständliche Muster nicht mehr tragen und neu gestaltet werden müssen und das ist immer auch Zerstörung. Das Neue entsteht in den Ruinen des bisher Selbstverständlichen. Nicht alles Neue kann für sich beanspruchen, eine neue Normalität zu begründen und nicht alles Vergangene verdient allzu heftige Trauerbekundungen. Gleichwohl gilt, dass gesellschaftliche Umbrüche höchst ambivalente Prozesse darstellen, in denen sich der Abschied von eingelebten und vertrauten Lösungen und die Hoffnung auf neue Potenziale und Chancen mischen. Aber es bleibt nicht bei solchen verständlichen Formen des Abschiednehmens, sondern es entstehen kulturelle Begleitphänomene. Auch SozialwissenschaftlerInnen beteiligen sich daran. Wenn in nüchterner Fachsprache von »Desintegration« der Gesellschaft gesprochen wird, geht es ebenfalls um eine Zerfallsdiagnose.

### **Auflösung tradierter Formen ist nicht notwendig Zerfall des Sozialen**

Die aktuelle sozialwissenschaftliche Debatte dreht sich um die Auflösung sozialer Beziehungsmuster im Zuge eines bedeutsamen neuen Schubes von Individualisierung, der uns jene Erfahrung zum Bewusstsein bringt, wie sie schon vor 150 Jahren im »Kommunistischen Manifest« klassisch artikuliert wurde: »Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen«. Die Ordnung der Dinge ver-

liert die vertraute Gestalt. Die gegenseitigen Beziehungen sind nicht in starr-fixierten Rollen kodifiziert, die – wie bei den klassischen Geschlechterrollen – wie Zahnräder ineinander greifen. Aber das empirisch unterstützte »nüchterne Auge«, das nicht in rückwärts gewandter romantisierender Verklärung Zwangsgestalten sozialer Lebensformen zu ontologisch oder emotional unverzichtbaren individuellen Ankerpunkten erklären muss, sieht in den enttraditionalisierten sozialen Beziehungen nicht Zerfall oder Desintegration, jedenfalls nicht als überall sich durchsetzendes Muster. Dieser ausgenüchterte Blick sieht im gesellschaftlichen Durchschnitt Subjekte, die ihr eigenes Beziehungsfeld selbst managen, mit großer Souveränität Zugehörigkeiten und Abgrenzungen nach eigenen Bedürfnissen regeln und sich durchaus nicht als isolierte »Einsiedlerkrebse« beziehungslos in sozialen Wüsten verlieren. Auch die in den meisten Verfallsdiagnosen enthaltene Vermutung, dass die individualisierten »Ichlinge« keine Bereitschaft und Fähigkeit zur Alltagssolidarität entwickeln würden, ist empirisch schwer zu halten.

Einzig die selbstverständliche Bereitschaft der Subjekte, das eigene Engagement in den Restformen der gesellschaftlichen Container (z. B. der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften) zu organisieren, hat nachweislich Einbrüche erlebt und diese Entwicklung verweist ja nicht auf Desintegration, sondern auf einen »Formwandel sozialer Integration«, wie ihn jüngst Jürgen Habermas (1998) beschrieben hat. Ein gewachsenes Bedürfnis nach und eine mitgewachsene Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln und kommunikativ hergestellten Lebensmustern verweist auf eine gesellschaftliche Ungleichzeitigkeit, die mit einer klagend vorgetragenen Anomiediagnose in aller Regel verfehlt wird.

### **Neue Formen möglich**

Spannend ist vielmehr, den Formenwandel sozialer Beziehungen genauer zu untersuchen. Da wird man z.B. an Stelle zwangsförmig gelebter Nachbarschaften in aller Regel einen souveränen Umgang mit Nähe- und Distanzbedürfnissen finden. Oder nachbarschaftliche Unterstützungen in praktischen Alltagsangelegenheiten werden nicht durch bezahlte Dienstleistungen, sondern durch effiziente Tauschringe ersetzt, in denen sich eine neue geldwertunabhängige Haushaltsökonomie entfaltet. Wenn man das Verschwinden spezifischer sozialer Integrationsformen wie die engen Netzwerkverbindungen in homogenen Arbeiterbezirken als Indikator für Desintegration nimmt, dann wird man in reichem Maße fündig. Nimmt man die neuen Netzwerke spezifischer ethnischer Bevölkerungsgruppen, dann ergibt sich ein durchaus anderes Bild. Nimmt man die traditionellen Organisationsmuster ehrenamtlicher Tätigkeit, dann schlägt der Desintegrationszeiger auf dem verfallstheoretisch geeichten soziologischen Geigerzähler kräftig aus. Nimmt man die neu entstehenden Freiwilligenzentren als Messziffer, kommt hingegen ein ganz anderer Befund heraus. Oder nehmen wir das Pilzgeflecht



von Selbsthilfegruppen, das sich überall entfaltet, auch dieses wird man nicht als Beleg für gesellschaftliche Desintegration werten dürfen.

## Netzwerke als Vision von Selbstorganisation

Der Zukunftsforscher John Naisbitt hat 1982 (deutsch 1984) mit einem Buch Furore gemacht, in dem er die »Megatrends« des ausgehenden 20. Jahrhunderts beschreibt, Trends, »die unser Leben verändern«. Einen dieser Trends überschreibt er »Von der Hierarchie zum Netzwerk« und erläutert ihn so: »Die gesellschaftliche Herrschaftsperiode bröckelt. Informelle Netzwerke kleiner Gruppen bestimmen das Leben und die Arbeit der Zukunft, deren Probleme in hierarchischen Strukturen gar nicht zu lösen sind« (Psychologie heute, Januar 1984, S. 31). Für Naisbitt (1984, S. 270) ist das »alte hierarchische Pyramidensystem«, in dem der »Fluss der Entscheidungen vertikal von oben nach unten« verlief, eingestürzt. Es konnte in einer immer komplexer werdenden Informationsgesellschaft keine erfolgreichen Problemlösungen entwickeln. »Zwischen den Trümmern der eingestürzten hierarchischen Pyramide« sieht Naisbitt »die Geburtsstunde der Netzstruktur« (S. 272). Was versteht er unter einem Netzwerk? Es besteht für ihn aus einem »Zusammenschluss von Leuten, die miteinander reden, ihre Ideen, Informationen austauschen oder sich gegenseitig Hilfsmittel zur Verfügung stellen«. Gerade wenn die traditionellen top-down-Modelle nicht mehr taugen und die Suche nach neuen Handlungsmöglichkeiten beginnt, dann entstehen Netzwerke. In ihnen erhöht sich durch Synergieeffekte die Chance innovative Lösungen zu finden. Naisbitt bezieht sich auf die Netzwerkforscherin Virginia Hine, die bei der Untersuchung politischer, religiöser und sozialer Bewegungen gezeigt hat, dass »wenn Leute sich

zusammenfinden und organisieren, um irgendwelche Aspekte der Gesellschaft zu ändern, scheint da eine unbürokratische, aber höchst wirkungsvolle Form von Organisationsstruktur zu entstehen« (S. 278).

Der Netzwerkbegriff hat also auch als positiver Hoffnungsträger Karriere gemacht. Die mikroelektronische Revolution wird als Chance zu einer Demokratisierung von Wissen und zum Abbau von Herrschaft durch Zugriff auf Wissen gefeiert. Das Ehepaar Johnson-Lenz (1981, S. 172) sieht Anfang der 80er Jahre ein »Netzwerk-Paradigma« auftauchen: »Hunderte von Gruppen benutzen inzwischen den Begriff »Netzwerk« und bezeichnen damit ihre organisatorische Alternative zu den traditionellen Hierarchien.« Diese Netzwerke sind im politischen und sozialen Bereich entstanden, aber auch im Erziehungsbereich. Ihr Anliegen ist die Suche nach einer »Alternative zu den verkrusteten Strukturen bestehender Strukturen« (Lutz 1981, S. 170), »Hierarchien aufzubrechen ist das Anliegen der Netzwerkkonzeption« (ebd. S. 171).

Solche allgemeinen Aussagen zur Überwindung von Top-down-Kommandostrukturen lassen sich an vielen Beispielen erläutern, z.B. aus den Erfahrungen des Agenda 21-Prozesses oder der Psychiatriereform, aber auch Netzwerken im schulischen Bereich (z.B. das »Netz ökologischer Schulen« oder das Kooperations-Netz der Freinet-Pädagogen).

### Prof. Dr. Heiner Keupp

lehrt Sozial- und Gemeindepsychologie  
an der LMU München



Die Langfassung des Beitrags mit Literaturliste gibt es auf der Homepage der GEW Bayern: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de); sie kann aber auch in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.

## NEURO - NETWORKING EUROPE

München, 26. - 29. Februar

Nur wenige Wochen vor der offiziellen Osterweiterung der EU wird die Münchner Muffathalle Schauplatz eines – im besten Sinne des Wortes – virtuellen Europas. Netzwerk- und neue Medieninitiativen von Dublin bis Budapest, von Helsinki bis Barcelona, aber auch junge Menschen aus Indien, Israel und Mexiko, treffen sich zu einer Reihe von Vorträgen, Diskussionen, Präsentationen, Performances, Konzerten. Dabei versteht sich NEURO nicht nur als Konferenz, Messe oder als ein herkömmliches Festival. Es geht vielmehr um einen Ort, an dem über mehrere Tage und Grenzen hinweg zusammengearbeitet und gemeinsam produziert wird. Hintergrund ist der Start der Internet-Plattform D-A-S-H (<http://d-a-s-h.org>), die das JFF, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, in Zusammenarbeit mit europäischen Jugendinitiativen und mit Unterstützung der EU-Kommission sowie des Bundesjugendministeriums nach gut einjähriger Vorbereitungszeit eröffnet. Vernetzung ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein Werkzeug oder reiner Selbstzweck. Zehn Jahre nach dem Beginn des Internet-Booms ist die Idee der Vernetzung in eine Krise geraten, die überfällig war. NEURO stellt Fragen, die mehr denn je den Nerv der Zeit treffen und sich nicht auf Anhieb beantworten lassen: Was eigentlich bedeutet Vernetzung heutzutage?

Was hat Vernetzung mit Mobilität und Bewegungsfreiheit zu tun? Wie vernetzen sich soziale Bewegungen? Und vor allem: Wie taugt Vernetzung als Strategie gegen Ressentiments und Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit?

Weitere Informationen unter: <http://neuro.kein.org/>

Die Teilnahme zugesagt haben unter vielen anderen: Shahidul Alam (Dakha), Valery Rey Alzaga (Denver), Franco Bifo Berardi (Bologna), Ariana Bove (Rom), Bildungsoffensive (Brandenburg), Zeljko Blace (Zagreb), Bordergames (Madrid), Antonio Conti (Rom), Erik Empson (London), Generation-online, Niv Hachlili (Jerusalem), Hackitectura (Sevilla), Drew Hemmet (Manchester), Manse Jacobi (Beirut), Kuda (Novi Sad), Dunja Kukovec (Ljubljana), Geert Lovink (Sydney), Sebastian Lütger (Berlin), Sandro Mezzadra (Bologna), Veran Matic (Belgrad), Ema Nik (Rom), Drazen Pantic (New York), Collectif Precipité (Paris), Public Netbase (Wien), Random\_Inc (Frankfurt), Reboot FM (Berlin), Isabelle Saints-Saens (Paris), Eyal Sivan (Paris), Armin Smilovic (Berlin), Christoph Spehr (Bremen), James Stevens (London), Volkstheater Karawane (Wien), De Waag (Amsterdam), Yo mango (Barcelona), Soehnke Zehle (Saarbrücken).

NEURO wird veranstaltet von Multitude e.V., Muffathalle und »D-A-S-H — für Vernetzung gegen Ausgrenzung«, einem Projekt des JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis in Kooperation mit dem Zentrum für Medien und Kommunikation der Universität Leipzig. NEURO wird außerdem gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Jugendbildungsnetzwerk bei der Rosa Luxemburgstiftung und dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München. D-A-S-H wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Rahmen des Programms JUGEND der Europäischen Gemeinschaft.

# Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders!

Bei da Großkotziga  
weats allat mear  
und jetzt muß sogar des Geld  
von eisarar Jugend hear!

Die realen Gewinn- und Vermögenseinkommen  
stiegen von 1991 bis 2002 um 49 %.

Die Steuerlast auf Gewinn- und Vermögenseinkommen  
sank von 15,3 % im Jahr 1980 auf 6,7 % im Jahr 2000.

(Siemens z.B. machte im Jahr 2002 680 Mio. Gewinn und bekam eine Steuerrückzahlung von 329 Mio.)

**Bilden Sie sich Ihre Meinung!**

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern GEW**

# Die Siemens-Familie entlässt ihre Kinder

## Siemens-Beschäftigte entdecken die Solidarität

In München H, wie der Siemens-Standort in der Hofmannstraße kurz genannt wird, kämpft die Belegschaft seit einhalb Jahren gemeinsam mit dem IG-Metall-geführten Betriebsrat gegen Stellenabbau. Gekennzeichnet ist dieser friedliche Kampf durch eine beispiellose Solidarität zwischen den Kolleginnen und Kollegen, die mit den Betriebsversammlungen vor einem Jahr begann, als der Betriebsrat den offenen Dialog und die Zusammenarbeit mit der Belegschaft suchte, und die sich im von Siemens-MitarbeiterInnen gegründeten Mitarbeiternetz NCI fortsetzt. NCI ist zunächst einfach die Umkehrung von ICN, dem Siemens-Geschäftsbereich »Information Communication Network«, der Festnetz-Sparte also, deren Entwicklung im Kern in München H stattfindet. Die Interpretation der Beschäftigten dagegen versteht sich als »Network Cooperation Initiative«.

KollegInnen des NCI bereiten im Gewerkschaftshaus eine Aktion vor.



Zwischen Betriebsrat und Belegschaft entstand eine bis dahin bei Siemens noch nie da gewesene Gemeinschaft, eine Allianz der Menschlichkeit und Solidarität, die sich bis heute nicht erschüttern liess. Vieles ist über die von der »Kapazitätsanpassung« betroffenen Kolleginnen und Kollegen hereingebrochen, vieles, das sehr schwer zu verkraften ist, vieles wird noch auf sie zukommen, denn die Auseinandersetzungen sind noch nicht zu Ende.

Unter den Gekündigten sind viele Familienväter und alleinerziehende Mütter. Sie trifft der Stellenabbau besonders hart, da an ihrem Arbeitsplatz auch die Zukunft ihrer Kinder hängt: eine gute Ausbildung, Teilnahme an Veranstaltungen, kurz an allem, was unsere Kinder heute als normal empfinden und das ohne Geld nicht zu

haben ist. Siemens wirbt mit dem Leitbild: »Wir tragen gesellschaftliche Verantwortung und engagieren uns für eine bessere Welt« und entlässt trotz des sehr guten Geschäftsergebnisses seine Beschäftigten. »Es wirkt nicht sozial und ist nicht verantwortungsvoll, die Kinder der eigenen Mitarbeiter von Arbeitslosigkeit und später von Sozialhilfe abhängig zu machen, obwohl keine finanzielle Not für die Siemens AG besteht,« schreiben Mütter und Väter an UNICEF.

Siemens ist ein Konzern mit 84 Mrd. Euro Umsatz, 426.000 Beschäftigten weltweit, Global Player mit Niederlassungen in 190 Ländern, mehr als die UNO Mitgliedsländer hat. Siemens erzielte im Geschäftsjahr 2002/2003 sein zweitbestes Ergebnis in seiner 156-jährigen Firmengeschichte: 2,6 Mrd. Euro Gewinn nach Steuern, trotzdem eine Steuerrück-erstattung von 300 Millionen Euro in Deutschland. Mit 80.000 Beschäftigten zählt Siemens zu den größten ausländischen Unternehmen in den USA. Wie jeder dieser Konzerne nimmt sich Siemens vor, schneller als der Markt zu wachsen. Dies geht nur auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Initiative: ein Festnetz der Beschäftigten entsteht

Mitte August 2002, mitten in der Ferienzeit in Bayern, gibt die Betriebsleitung im Betrieb München H bekannt, dass von 6600 Arbeitsplätzen 2300 abgebaut werden. Und zwar innerhalb von 6 Wochen zum 30. September 2002. Nach zähem Ringen gelingt es dem Betriebsrat und der IG Metall, diese Abbauzahlen zunächst auf 1100 herunterzuhandeln und die Deadline zu verschieben. Am 11.11.02 erhalten dann die frei nach Schnauze ausgewählten MitarbeiterInnen einen »blauen Brief« der Geschäftsleitung: »Ihr Arbeitsplatz entfällt«. Eine Mitarbeiterin schreibt: »Die Schockwelle läuft wie nach einer Explosion unsichtbar, aber von jedem spürbar durch unsere und uns bekannte Nachbarabteilungen. Der Betrieb ist heute paralytisch; viele wissen, dass sie betroffen sind, viele haben noch keine Nachricht. Die, die damit gerechnet haben, sind in der Lage erste Hilfe zu leisten, reden, reden, reden ... Eine ganze betroffene Abteilung hat die Arbeit fallen lassen. Teilweise wurden ganze Gruppen fast vollständig aufgelöst. Unsere existiert praktisch auch nicht mehr. Es ist, als ob ein Meteor eingeschlagen hat.«

Der Anfang des Mitarbeiternetzes ist eine schlichte E-Mail vom 11.11.02 – kein wohldurchdachtes Programm: »... Ich möchte Euch daher einladen, uns zu treffen, um miteinander zu reden, Fragen zu stellen, Fragen zu sammeln, und Antworten zu geben.« Die erste Gruppe des NCI-Netzes war gegründet. Das Besondere: Es wird über Gefühle gesprochen. Niemand, der angesprochen wird, geht einfach weg, jede/r ist interessiert an der Idee, sich zu treffen, miteinander zu



reden, Gedanken und Ideen auszutauschen. Das Bedürfnis, aus der Anonymität herauszutreten ist sehr groß.

### **Network: ein Netzwerk entwickelt sich**



NCI entwickelte sich explosionsartig. Es begann mit 30 Mitgliedern, heute sind es rund 700, auch von anderen Siemens-Standorten und sogar von anderen Firmen. Ein E-Mail-Service wurde etabliert mit der Möglichkeit zur persönlichen Beratung. Ein Newsletter wurde eingeführt, mit dem Informationen schnell verteilt werden können, womit aber auch schnell abgefragt werden kann, ob jemand Schikanen – zum Beispiel vermehrte Abmahnungen wegen Nichtigkeiten – ausgesetzt ist. Gruppen wurden etabliert, in denen sich die Beschäftigten treffen und miteinander reden, diskutieren und Lösungen suchen. NCI ging auch schnell mit einer eigenen Homepage an die Öffentlichkeit, anfangs noch auf einer privaten Seite, dann zogen sie zu ihrem Schutz auf den IG-Metall-Server um. NCI schlüpfte nun unter das Dach der IG Metall, ohne seine Unabhängigkeit zu verlieren.

Hilfe kommt auch von den Kirchen, auch hier prompt und ohne jegliche Bedingungen. Als einige betroffene Gemeindeglieder ihr Anliegen einbringen, entsteht geradezu wie von selbst im Sommer 2002 das »Forum der Solidarität«. Dr. Susanne Schatz, Pfarrerin der Passionskirche in München-Obersendling, sieht die Kirche hauptsächlich – und im weiteren Sinne – als Raumgeberin. Das Engagement der Betriebsseelsorge und des Forums »kirchlicher Dienst und Arbeitswelt« verleiht der neuen Gemeinschaft zusätzlichen Rückenwind. Dr. Schatz, selbst Mitglied bei ver.di, wendet sich an Betriebsrat und Gewerkschaft. Alles andere geht – wie sie sagt – geradezu automatisch, eine Kooperation aus der Situation heraus, sehr dicht an den Bedürfnissen der Betroffenen.

Mittlerweile ist NCI permanent in der Öffentlichkeit präsent, berichtet über das aktuelle Geschehen, die laufenden Kündigungsschutzprozesse, hat jeden ersten Mittwoch im Monat einen eigenen Sendeplatz bei Radio Lora, nimmt Stellung zu gesellschaftspolitischen Themen, diskutiert mit Politikern, sogar eine der größten japanischen Zeitungen interviewte NCI.

Nach einem Jahr mehr oder weniger informeller Arbeit kann das NCI nun eine klare programmatische Linie festmachen:

- Solidarität untereinander, um gemeinsam handeln zu können
- Aufhebung von Isolierung
- menschliche Begegnung, um mit der Situation des Arbeitsplatzverlustes besser umgehen zu können
- Aufklärung über Arbeitnehmerrechte
- Öffentlichkeitsarbeit und politischer Dialog

### **Cooperation: wider den freien Fall**

Jubilare (das sind MitarbeiterInnen, die nach sehr langer Betriebszugehörigkeit unkündbar sind), Schwerbehinderte, ältere Beschäftigte sind seit Monaten ohne Arbeit. Ihre Vorgesetzten geben ihnen keine Aufgaben mehr, obwohl Kolle-

ginnen und Kollegen in Arbeit versinken. Durch den Zusammenhalt im NCI haben sie sich bisher nicht zermürben lassen. »Ja, die Angst nimmt zu – jedenfalls bei mir,« schreibt ein älterer Kollege. »Dabei gibt es sachlich und nüchtern gesehen eigentlich keinen Grund. Und ich kämpfe auch mit aller Macht dagegen. Und ich habe viele Menschen um mich, die mich unterstützen. Trotzdem ist die Situation zermürbend. Die Gedanken kreisen immer um das eine Problem. Und sie ziehen immer engere Kreise. Angst essen Seele auf. Ja, ich wusste von Anfang an, dass es schwer wird. Nur - jetzt frage ich mich, wie lange hält man das aus? ... Und doch: Es hätte alles auch noch schlimmer kommen können. Morgen ist ein neuer Tag.« Gekündigte kämpfen überaus erfolgreich vor dem Münchner Arbeitsgericht um ihre Jobs. Alle bisher verhandelten Kündigungsschutzprozesse wurden von den Beschäftigten gewonnen. Niemand geht allein zu seinem Prozess; immer kommen noch Kollegen und Kolleginnen mit. Manche bringen ihre Kinder mit. »Wenn der Chef einen gekündigt hat, muss man sich einen Anwalt suchen. Einen Anwalt braucht man, weil er die Gesetze weiß und für einen redet«, so schrieb die 9 jährige Marie über ihre Eindrücke beim Prozess ihrer Mutter. Auch für die Kinder ist NCI von Bedeutung, denn ihre Eltern schaffen hier ein Forum, um miteinander zu reden, Lösungen und Alternativen zu finden; kurz ein Forum, um nicht allein zu sein in der schwierigen Situation des Stellenabbaus, der von der Siemens AG mit allen Mitteln vorangetrieben wird.

**von Inken Wanzek**  
Initiatorin des NCI



Das NCI findet man unter: <http://www.nci.migm.de>  
Informationen zu Siemens: [www.igmetall.de.siemens](http://www.igmetall.de.siemens)

Die Zeichnungen sind von Aurelia Richter, 8 Jahre.

### **Der Griff zu härteren Bandagen**

Siemens ist natürlich nicht für alles verantwortlich zu machen, was mit den MitarbeiterInnen außerhalb des Betriebes geschieht. Aber die gegenwärtige und die zu erwartende Firmenpolitik trifft die Beschäftigten existenziell und löst Ängste und Nöte aus, mit welchen die VerursacherInnen dann die Betroffenen selbstverständlich alleine lassen. All diese soziale Auffangarbeit leisten das NCI, der Betriebsrat, die Gewerkschaft und die Kirchen. Natürlich leisten sie gleichzeitig auch Widerstand, fordern ihre verbrieften Rechte ein. Das geht der Unternehmensleitung entschieden zu weit. Inken Wanzek, Initiatorin des NCI und Autorin dieses Artikels, wurde Ende Oktober fristlos gekündigt. Anlass der Kündigung ist eine private Email im Netzwerk NCI, die Inken Wanzek zugeschrieben wird (was nachzuweisen wäre). Darin geht es um das tragische Schicksal einer vom Personalabbau betroffenen ehemaligen Siemens-Beschäftigten. Mit dieser Kündigung soll wohl ein Exempel statuiert werden. Man will eine unbequeme Mitarbeiterin los werden, die sich in den letzten Monaten unermüdlich für ihre KollegInnen engagiert und damit elementare gewerkschaftliche Aufgaben wahrgenommen hat. Rechtlich ist die Kündigung nicht haltbar, weil sie gegen das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstößt. Sollte Siemens das etwa nicht wissen? – Es sind die härteren Bandagen, die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen das Fürchten lehren sollen.

**Inge Poljak**

# Regionale Proteste vernetzen

## Die Initiative Sozialforum München

»Ein anderes München ist möglich – München sozial und solidarisch«, unter diesem Motto stand eine Aktionswoche im letzten Oktober. Verschiedenste Organisationen wie attac, das NordSüdForum, das Bündnis gegen den Krieg, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN), der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche (KDA), das Siemens-Mitarbeiternetzwerk NCI, verdi und die GEW beteiligten sich am Netzwerk der Initiative Sozialforum München, die zu Aktionen aufrief und an verschiedenen Orten Veranstaltungen organisierte. Entsprechend vielfältig waren die Themen und Schwerpunkte. So ging es um GATS (General Agreement on Trade in Services), über das im Rahmen der WTO-Verhandlungen staatliche Leistungen wie etwa die Wasserversorgung, aber auch die Verantwortung für Bildung, privatisiert werden sollen. Es ging um die Zukunft der Städte im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform. Siemens-Beschäftigte informierten über die geschickten Formen des Personalabbaus »ihres« Konzerns und ihren Widerstand dagegen. In einem Hearing »Live aus der Arbeitswelt« beschrieben Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, wie ihre tariflichen Arbeitsverträge durch Zeitarbeitsverträge ersetzt wurden und sie dann die gleiche Arbeit wie vorher billiger und jederzeit kündbar ausführten. Eine Kursleiterin an einer privaten Sprachenschule betonte, dass es so etwas wie tarifliche Arbeitsverträge für ihre Berufsgruppe noch nie gegeben habe: Honorarverträge ohne Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub und ohne Beteiligung des Auftraggebers an den Sozialversicherungsbeiträgen sind hier die Regel. Mitglieder des NordSüdForums veranschaulichten die Lebensbedingungen der »Unsichtbaren«, der illegalen Flüchtlinge in München beispielsweise an Kindern, die Kindergarten oder Schule nicht weiter besuchen können, weil ihre Eltern als AsylbewerberInnen keine Aufenthaltstitel mehr haben. Auf die Straße gingen die Aktionen mit einer Demo unter dem Motto »Sozialabbau ist geil«, dem »Kreuz der Arbeitslosigkeit« vor dem Arbeitsamt nach Bekanntgabe der aktuellen Arbeitslosenzahlen und Infoständen auf dem Odeonsplatz.



Ute Schmitt sprach für die DDS mit Hans-Peter Gase, einem der Organisatoren des Münchner Sozialforums:

Ute Schmitt sprach für die DDS mit Hans-Peter Gase, einem der Organisatoren des Münchner Sozialforums:

**DDS:** Seit 2001 entstehen weltweit Sozialforen, die in der Öffentlichkeit immer mehr Beachtung finden. Seit wann gibt es die Initiative Sozialforum München?

**Hans-Peter Gase:** Die Idee für ein Sozialforum in München gibt es seit Februar 2002, nachdem wir vom 2. Weltsozialforum aus Porto Alegre zurückkamen. Im Sommer trafen sich erstmals in München Gruppen, um das Europäische Sozialforum (ESF) Florenz vorzustellen und dafür zu werben. Mit dem großartigen Erfolg in Florenz im November 2003 – fast eine Million Menschen auf der Demonstration gegen den drohenden Irak-Krieg – entwickelte sich auch das Konzept der Aktionstage, die ja dann letzten Oktober stattfanden. Die einstige Vorbereitungsgruppe »ESF Florenz« nennt sich seit Anfang 2003 »Initiative Sozialforum München«.

**DDS:** Was verbindet so unterschiedliche Organisationen und Verbände? Gibt es so etwas wie einen kleinsten gemeinsamen Nenner?

**Hans-Peter Gase:** Alle sind von der neoliberalen Politik betroffen. Angriffe auf die Tarifautonomie, Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, weitere Aufrüstung und der Abbau demokratischer Rechte – dies sind unterschiedliche Facetten einer Politik, die zusammengehören.

**DDS:** Dagegen kämpfen Organisationen wie etwa die Kirchen oder die Gewerkschaften schon lange. Was soll oder kann durch den Forum-Charakter anders werden?

**Hans-Peter Gase:** Ich verstehe das Sozialforum als offenen Raum, in dem über die neoliberale Politik, den Kriegskurs

und die Ausgrenzung von Menschen etc. diskutiert wird. In dem die Ursachen analysiert und Erfahrungen des Widerstandes ausgetauscht werden.

**DDS:** Heterogenität als Vorteil?

**Hans-Peter Gase:** Ja, diese Form des Forums bietet die Möglichkeit, dass sich die Bewegungen verbreitern, dass sie über ihren Tellerrand hinaus blicken und die Zusammenhänge sehen. Denn keine Bewegung wird für sich allein etwas verändern können. Die Arbeitslosen brauchen die Gewerkschaften, die z.B. eine Verlängerung der Arbeitszeiten, wie von den Metallarbeitgebern gefordert, verhindern müssen. Doch die Gewerkschaften brauchen auch die globalisierungskritische Bewegung, die andere Menschen als die Gewerkschaften erreicht. Und umgekehrt brauchen die neuen Bewegungen auch die Gewerkschaften. Wenn die gemeinsamen Diskussionen zu gemeinsamen Aktionen führen, wird das Motto der Sozialforen »Eine andere Welt ist möglich« realisierbar sein.

**DDS:** Beim Europäischen Sozialforum in Paris konnte man sich nicht auf einen gemeinsamen Protesttag mit den Gewerkschaften einigen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft nun zum europäischen Aktionstag am 2. und 3. April auf. Warum gibt es keinen gemeinsamen Aufruf?

**Hans-Peter Gase:** Das ist so nicht ganz richtig. Viele Gewerkschaften in Europa verstehen sich als Teil der Sozialforumsbewegung. Während die Friedensbewegung sich in Paris auf einen gemeinsamen europaweiten Aktionstag gegen Krieg – 20./21. März – einigte, hat man sich nur darauf geeinigt, dass es einen Aktionstag gegen Sozialabbau geben soll. Den Termin musste der EGB als Dachverband festlegen, da die Gewerkschaften die wichtigsten Träger dieses europäischen Protesttages sein sollen.

Fortsetzung: nächste Seite unten

# Bafög-Rasterfahndung

Wie inzwischen hinlänglich bekannt sein dürfte werden die Angaben von BAföG-Empängern bezüglich ihres Vermögens mit den Informationen, die dem Finanzamt zur Verfügung stehen abgeglichen. Dabei wurden bei ca. einem Viertel der Betroffenen Unregelmäßigkeiten festgestellt. In München müssen nach einer Anweisung des Wissenschaftsministeriums alle Fälle, in denen aufgrund der Vermögensnachprüfung eine Überzahlung festgestellt wird, an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Die wird dann nach Höhe der Rückforderungen und Schwere des Vergehens das Verfahren gegen Bußgeld einstellen oder ein Betrugsverfahren eröffnen. Dabei können bei gravierenden Fällen Freiheitsstrafen die Folge sein, die je nachdem zur Bewährung ausgesetzt werden können.

Eine sinnvolle Kritik an dieser sozialen Rasterfahndung muss zwei Aspekte berücksichtigen, einmal den direkten Vorgang und zum Anderen den gesellschaftlichen Rahmen. Werden die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die derzeitige Form der Bildungsfinanzierung akzeptiert, gibt es an dem Vorgehen prinzipiell nichts auszusetzen. Ist das nicht der Fall, so muss das BAföG generell in Frage gestellt werden.

Die ganze Prüfungsaktion wandelt datenschutzrechtlich auf einem schmalen juristischen Pfad. Ähnlich wie bei der letzten Rasterfahndung an den Hochschulen, wo ganze Gruppen von ausländischen Studierenden nach ethnischen Gesichtspunkten unter Generalverdacht gestellt wurden, wirft auch diese Razzia bei den finanziell schlechter gestellten Studierenden nicht nur politische, sondern auch datenschutzrechtliche Fragen auf.

Für viele Studierende kann die nun stattfindende Kriminalisierung ganz erhebliche Einschränkungen, vor allem bei der Berufswahl, bedeuten. Bei einer Güterabwägung erscheint die Reaktion des Staates, und vor allem die des bayerischen, überzogen. Angesichts der großzügigen und legalen Möglichkeiten der Steuerhinterziehung für Unternehmen wären auch hier andere Regelungen (Bestandsschutz, Übergang, Amnestie bei Kooperation, Freibetragserhöhung) denkbar gewesen.

Aus der Erkenntnis um die Praxis bei der Vermögensangabe resultiert nicht eine Überprüfung des Vermögensbegriffs und der Freibeträge, die offensichtlich den Bedürfnissen der Studierenden nicht gerecht werden, sondern die Kriminalisierung der Bedürftigen. Viele der Gründe für die Überschreitung des Freibetrags sind durchaus nachvollziehbar und resultieren nicht aus dem Wunsch sich zu bereichern, sondern aus Problemen, das Studierendendasein zu meistern (Dar-

lehnsrückzahlung, Berufsstart, Auslandssemester, Orts-Fachzuschlag, Rücklage für die Prüfungsphase).

Im aktuellen Fall trifft es wieder einmal genau die Gruppe Studierender, die aus den einkommensschwächeren Familien kommt, denn nur die können BAföG beziehen. Studierende, die das nicht nötig haben können soviel Vermögen haben wie sie wollen. Der niedrige BAföG-Satz und die minimalen Freibeträge wirken letztlich kriminalisierend auf die Bedürftigen, die nur die Alternative zwischen Betrug und erheblichen Nachteilen haben. Mit dem bestehenden BAföG ist es nämlich weder möglich ein Auslandssemester vorzufinanzieren, noch eine Absicherung für den Übergang ins Berufsleben oder eine rasche Rückzahlung der BAföG-Darlehensschuld zu organisieren.

Die Art und Weise wie dies nun exekutiert wird, ist einerseits dem inzwischen geschaffenen, rohen Gesellschaftsklima und andererseits den Begehrlichkeiten des »Finanzumverteilungsministers« geschuldet. Da wundert es nicht, dass die erwarteten Straf- und Nachzahlungen bereits in den Haushalt eingeplant werden.

Wie schon angedeutet müssen die datenschutzrechtlichen Fragen, eine verantwortungsvolle (gerichtliche) Güterabwägung und eine Überprüfung des bisherigen BAföG angegangen werden.

Darüber hinaus sollte das BAföG grundsätzlich hinterfragt und die Einbindung in eine noch zu schaffende, allgemeine soziokulturelle Grundsicherung überprüft werden.

Ob diese Maßnahmen ausreichen, soziale Selektion durch Bildung zu verhindern muss allerdings angezweifelt werden, da sich soziale Ungleichheit nicht erst in der Hochschule und nicht nur über die (Aus-)Bildung konstituiert. In diesem Sinne muss, wer es ernst meint mit der »Chancengleichheit« oder gar mit allgemeiner adäquater Bedürfnisbefriedigung, wesentlich mehr in Frage stellen. Und der darf auch nicht vor einer fundamentalen Kritik des bürgerlichen Staates zurückschrecken.

**von Michael Bayer**

GEW-Hochschulgruppe Uni-München  
e-mail: michaelb@stuve.uni-muenchen.de



Komplette Version mit Tips und Adressen:

<http://www.bayern.gew.de/lass/startseite/bafog-rasterfahndung1.htm>

*DDS: Die Sozialforen beeindrucken vor allem dadurch, dass sie Menschen aus allen Ländern der Welt in großer Zahl zu Protest-Demonstrationen und -Veranstaltungen mobilisieren können. Welche Formen des Protests oder Widerstands siehst du darüber hinaus?*

*Hans-Peter Gase: Die Sozialforen selbst organisieren den Protest nicht, sondern bilden nur die Grundlage. So ruft die Initiative Sozialforum München z.B. zu einer Aktionskonfe-*

*renz gegen den Sozialkahlschlag auf. Auf dieser werden dann die anwesenden Gruppen entscheiden, wie sie zusammenarbeiten werden und welche Aktionen sie vorbereiten. Um den weiteren Sozialkahlschlag zu verhindern, werden wohl verstärkt betriebliche Aktionen nötig sein, wie sie in Österreich und Frankreich, aber auch in einigen Städten in Deutschland letztes Jahr stattfanden.*

*Nächste Treffen siehe im Internet: [www.m-sf.de](http://www.m-sf.de)*

*Kontakt: <mailto:info@m-sf.de>*



## Harte Kerle, coole Knarren

Fast zwei Jahre liegen die tragischen Ereignisse am Erfurter Gutenberg-Gymnasium nun zurück, in deren Folge Computerspiele und insbesondere die aus der Ich-Perspektive

gespielten Ego-Shooter in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit und ins Kreuzfeuer der Kritik geraten sind. Hastig wurde ein neues Jugendschutzgesetz auf den Weg gebracht, das am 1. April 2003 in Kraft trat. Seither ist es wieder ruhiger geworden um die Gamer-Szene. Ein geeigneter Zeitpunkt, um jenseits hysterischer Mediendiskurse einen differenzierteren Blick auf die Beziehungen zwischen medialen Actionwelten und männlicher Mediensozialisation zu werfen.

### Wer spielt womit?

Die digitalen Medien und ihre virtuellen Unterhaltungsangebote haben sich längst einen prominenten Platz in den Lebenswelten Heranwachsender erobert. In 94 Prozent aller deutschen Haushalte, in denen Jugendliche leben, ist ein Computer vorhanden und bereits 70 Prozent der sechs bis 13-Jährigen waren zumindest schon auf Tuchfühlung mit dem Computer<sup>1</sup>. Hinzu kommen rund 17 Mio. Spielkonsolen<sup>2</sup>, die vor allem von Kindern und Jugendlichen mit schwachem formalen Bildungshintergrund<sup>3</sup> bevorzugt werden. Neben der Nutzung des Internet sind Bildschirmspiele bei Kindern und Jugendlichen die mit Abstand beliebteste Computeranwendung. Während Heranwachsende die virtuellen Spielwelten eifrig kolonisieren, begegnen die älteren, noch ausschließlich mit klassischen Medien wie Büchern, Film oder Fernsehen sozialisierten Generationen den digitalen Unterhaltungsangeboten häufig mit Skepsis. Der Computer ist für sie in erster Linie ein Arbeitswerkzeug. Ihre Wahrnehmungsschemata und neuronalen Verschaltungen sind nur unzureichend auf die Anforderungen interaktiver Bildschirmspiele eingestellt, was ihnen den Zugang zu den virtuellen Spielwelten erschwert. So tun sich Erwachsene häufig schwer, die Begeisterung und den Spielspaß der Heranwachsenden nachzuvollziehen. Stattdessen betrachten viele Eltern, PädagogInnen und PolitikerInnen Computerspiele in erster Linie als Jugendgefährdung und Anleitung zur Gewalt. Gerade hinsichtlich gewaltorientierter Spielinhalte werden Befürchtungen geäußert, die Gewalt könne von den Heranwachsenden aus der virtuellen in die reale Welt übernommen werden. So nachvollziehbar diese Besorgnis auch erscheinen mag, aus pädagogischer Perspektive ist sie wenig zielführend und in ihrer Pauschalität entbehrt sie jeglicher wissenschaftlich gesicherten Grundlage. Wer pädagogisch angemessen mit den Medienvorlieben der Jugendlichen umgehen will, kommt nicht umhin, zunächst ein Verständnis für die Faszination zu entwickeln, die diese medialen Angebote auf Heranwachsende ausüben.

Der Kölner Spieleforscher Jürgen Fritz beschreibt das Phänomen ›Action‹ als »ein kalkuliertes Risikoverhalten, das sich aus der Suche nach Nervenkitzel nicht hinreichend erklären lässt. ›Action‹ in der realen Welt ist vielmehr eine Möglichkeit, Charakterstärke (Mut, ›Coolness‹, Selbstbeherrschung) zu zeigen, Selbstwertgefühl zu entwickeln und darin von anderen bestätigt zu werden.«<sup>4</sup> Diese positiven Eigenschaftszuschreibungen stehen in krassem Gegensatz zu dem schlechten Ruf, den actionhaltige Computerspiele haben. Dieses Negativimage wurzelt in erster Linie in den blutgetränkten Bildern, die wir mit dem Medium assoziieren. Doch wer allzu leichtfertig Beurteilungsschemata von den narrativen Medien (Buch, Film, Fernsehen) auf das interaktive Medium Computerspiel überträgt und sich auf problematische Bilddetails fixiert, der übersieht den wesentlichen Charakter des Mediums. Unterhalb der Bildoberfläche, also der Art, wie die Spielhandlung medial aufbereitet und dargestellt wird, kommt insbesondere dem Regelsystem des Spiels und dem narrativen Kontext, dem Szenario, in das die Spielhandlung eingebettet ist, substantielle Bedeutung zu. Während das Regelsystem das Ziel des Spiels und die Aufgaben definiert, die von den Spielenden zur Erreichung des Spielziels gelöst werden müssen, beschreibt der narrative Kontext die Beschaffenheit der Spielwelt und die Rolle des Spielenden. Zwischen narrativem Kontext und Regelsystem bestehen dabei ausgeprägte Wechselbeziehungen, denn die ursprünglich abstrakten Spielregeln werden erst im Bezug auf die im narrativen Kontext entfaltete Bildwelt und Symbolstruktur mit Bedeutung aufgeladen. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich Computerspiele damit als Zwitter; sie sind halb Spiel und halb mediales Angebot. Als Spiel zeichnen sie sich durch Zweckfreiheit, Ergebnisoffenheit und Regelmäßigkeit aus<sup>5</sup>. Dabei nutzen sie die technischen Möglichkeiten des Computers, um eine charakteristische Erlebniswelt zu simulieren. Die Spielenden werden so gleichsam doppelt in das Geschehen einbezogen; einerseits durch die mediale Inszenierung, zum anderen durch die Möglichkeit spielerischer Teilhabe. So entfalten Computerspiele eine immersive virtuelle Welt, in die der Spielende eintritt, um Action, Spaß und Spannung zu erleben.

### Wo ist der Unterschied zur Wirklichkeit?

Vom Film, der den Zuschauern ausschließlich die Möglichkeit der empathischen Identifikation mit seinen Akteuren bietet, unterscheiden sich Bildschirmspiele durch das Fehlen einer solchen emotionalen Ebene. Vielmehr muss der Spielende »sich pragmatisch, inhaltlich und Regel orientiert in das Spiel einbeziehen, um handlungsfähig zu sein. Eine wie im Film vielschichtig ausgestaltete ›Innenwelt‹ seiner Spielfigur wäre dysfunktional, weil sie das spielerische Handeln unnötig eingrenzen würde.«<sup>6</sup> Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass ComputerspielerInnen ihre virtuellen Gewalthandlungen rein funktional und eben nicht moralisch interpretieren. Gegenüber der Wirklichkeit grenzt sich die Spielwelt durch die relative Folgenlosigkeit des virtuellen Tuns ab. Heranwach-

sende wissen in aller Regel sehr genau, dass sie sich in einer virtuellen Welt aufhalten und dass die dort angewendeten Verhaltensschemata nur dort Gültigkeit besitzen. Selbst wenn sie durch digitale Katakomben rennen und dort auf alles schießen, was sich bewegt, sind die Bedingungen für den Transfer eines solchen Verhaltensmusters in die Wirklichkeit nicht gegeben, solange die Jugendlichen keine realen Waffen besitzen und – noch entscheidender – ihnen der Wille zum Töten fehlt. Und dass die Bereitschaft, auf einen digitalen Pappkameraden zu schießen, nicht gleichzusetzen ist mit der Bereitschaft, einen realen Menschen zu töten, wird niemand bestreiten wollen.

In einer Untersuchung zur Funktion von Spielinhalten von Computerspielen<sup>7</sup> kommen Fritz, Wittig und Kraam-Aulenbach zu dem Schluss, dass monokausale Vorstellungen über die Wirkung virtueller Welten nicht angemessen seien. »Wenn man überhaupt von ›Wirkungen‹ sprechen will, die deutlich über die virtuelle Welt hinausreichen, so sind diese eingebunden in ein dynamisches Wechselverhältnis von ›Angebot‹ des Spiels und ›Erwartung‹ des Spielers. Mit anderen Worten: Der Spieler wählt das Spiel, das zu ihm passt und ihm in seinen Wünschen, Handlungsbereitschaften und Vorstellungen weitgehend ›entgegenkommt‹«. Geht man von dieser These aus, so werden Lebensalter, Geschlecht, aktuelle Lebenssituation und die damit verbundenen Entwicklungsaufgaben zu den entscheidenden Faktoren bei der Ausprägung bestimmter Medienvorlieben.

### Ein männliches Phänomen

Auffallend ist vor diesem Hintergrund, dass Spiele aus dem Genre der Ego-Shooter, die einen besonders ausgeprägten Action- und Gewaltaspekt besitzen, nahezu ausschließlich von männlichen Heranwachsenden gespielt werden. Mit entsprechenden altersspezifischen Abstufungen lässt sich diese Feststellung auf sämtliche actionhaltige Genres verallgemeinern. Zu fragen wäre an dieser Stelle, was Jungen dazu veranlasst, sich ausgerechnet solchen Gewaltspielen zuzuwenden. In unserer Kultur der Zweigeschlechtlichkeit müssen sich Kinder bald entscheiden, ob sie ›Junge‹ oder ›Mädchen‹ sind; Sozialisation ist damit vor allem auch eine geschlechtsspezifisch zu fassende Aufgabe. Und genau hier scheinen actionhaltige Computerspiele den Jungen Möglichkeiten zur männlichen Selbstinszenierung zu bieten, die sie so in der Realität nicht

vorfinden. Die technik- und waffenlastigen, kampf- und machtzentrierten Spielwelten taugen vielen Jungen offensichtlich dazu, sich als ›harter Kerk‹ zu inszenieren oder sich zumindest in der Spielwelt als solcher zu erleben. Eltern und PädagogInnen sind hier gefordert, die Jungen angesichts widersprüchlicher gesellschaftlicher Rollenerwartungen bei der Entwicklung tragfähiger Geschlechterrollen und möglichst ausbalancierter Verhaltensrepertoires zu unterstützen.

von **Andreas Kirchhoff**

JFF – Institut für Medienpädagogik  
in Forschung und Praxis



- <sup>1</sup> Vgl.: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2003): KIM-STUDIE 2003. Kinder und Medien. Computer und Internet. Basisuntersuchungen zum Medienumgang 6- 13-jähriger. Baden-Baden. sowie JIM-STUDIE 2002. Medien- und Themeninteressen Jugendlicher. Basisuntersuchungen zum Medienumgang 12-19-jähriger. Baden-Baden.
- <sup>2</sup> Lt. Marktforschungsergebnissen der MediaControl gaben im Jahr 2002 16,6 Mio. deutsche Haushalte an, eine Spielkonsole zu besitzen. Quelle: Verband der deutschen Unterhaltungssoftwareindustrie (VUD), <http://www.vud.de>
- <sup>3</sup> Laut der KIM-STUDIE 2002 besitzen 25 Prozent der sechs- bis 13-jährigen eine eigene Spielkonsole ggü. nur 13 Prozent in dieser Altersgruppe, die einen eigenen PC besitzen; laut JIM-STUDIE 2002 besitzen in der Altersgruppe der 12-19-jährigen 47 Prozent der Hauptschüler eine Spielkonsole ggü. 26 Prozent der Gymnasiasten, beim PC-Besitz verkehrt sich dieses Verhältnis ins Gegenteil (51 % Gymnasiasten ggü. 37 Prozent Hauptschüler).
- <sup>4</sup> Fritz, Jürgen: Action, Lebenswelt und Transfer. In: medien und erziehung. 47. Jahrgang, Nr. 1/2003. Kopaed Verlag, München 2003, S. 8
- <sup>5</sup> vgl.: JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis; Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern (Hrsg.): Aufwachsen in Actionwelten. Ein Materialpaket zu gewalthaltigen Spielen und Medienverbänden. Kopaed Verlag, München, 2003, Spielemodul, S.14ff.
- <sup>6</sup> Fritz, J., a.a.O., S. 11
- <sup>7</sup> Fritz, J., Wittig, T., Kraam-Aulenbach, N.: Funktion von Computerspielinhalten für Computerspieler/innen. Einführung in das Forschungsprojekt. Quelle: [http://www.sw.fh-koeln.de/www/downloads/Forschungsprojekt\\_einfuehrung.pdf](http://www.sw.fh-koeln.de/www/downloads/Forschungsprojekt_einfuehrung.pdf)



Unser Kollege Dr. Fritz Reheis hat eine Fortsetzung seines Bestsellers »Die Kreativität der Langsamkeit« geschrieben:

### **Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus.**

Wir leiden an der Beschleunigungskrankheit. Ihre Symptome zeigen sich als Beschleunigungsfallen mit wachsendem Zerstörungspotenzial. Immer mehr Menschen spüren, wie ihr Körper und ihre Psyche, wie Partnerschaften, Familien und soziale Netze im Hamsterrad Schaden erleiden. Auf der Suche nach neuen Maßen für den Umgang mit Zeit kann die Ökologie der Zeit weiter helfen. Sie gibt Auskunft über körperliche und psychische, kulturelle und soziale und naturale Eigenzeiten und Rhythmen, ohne die nachhaltiges Leben nicht möglich ist. Eine Therapie kann nicht auf individuelle Entschleunigungsmaßnahmen beschränkt bleiben. Diese

müssen vielmehr vernetzt und politisch gestaltet werden sowie letztlich in eine andere, zeitbewusstere Form des Wirtschaftens münden. Dafür gibt es bereits vielfältige Initiativen, die verknüpft werden können. Entschleunigung ist nicht mit Verzicht verbunden. Es gilt vielmehr, sich von dummen Formen des Lustgewinns zu verabschieden und die Kraft und Vielfalt der klugen Lust zu entdecken.

Verlag und Bestellung: Riemann-Verlag, Neumarkter Str. 28, 81673 München  
Tel.: (Kundenservice) 01805/990505

e-mail: [vertrieb.verlagsgruppe@randomhouse.de](mailto:vertrieb.verlagsgruppe@randomhouse.de), [www.riemann-verlag.de](http://www.riemann-verlag.de)



# Änderungen in der Beihilfe – Das andere Merkblatt

Beamtinnen und Beamte erhalten im Krankheitsfall eine Beihilfe vom Staat. Die Gesundheitsreform der Bundesregierung wurde jetzt wie erwartet auch zur partiellen »Krankheitsfalle« für diese Gruppe. Zum 1. Januar 2004 wurden die Beihilfevorschriften (BhV) des Bundes »reformiert«. Sie gelten auch in Bayern. Nachfolgend wird auf einige ausgewählte Neuerungen hingewiesen.

■ **Arzneimittel:** Nicht verschreibungspflichtige sowie in der GKV nicht mehr ordnungsfähige Arzneimittel sind nicht mehr beihilfefähig. Eine vermutlich sehr kleine Ausnahmeliste wird noch erarbeitet. Der Selbstbehalt beträgt 10 %, mindestens 5 Euro, höchstens 10 Euro. Wie in der GKV gibt es dafür eine Belastungsgrenze, nämlich 2 % vom Jahresbrutto. Diese 2 % vom Jahresbrutto sind – je nach Gehaltsgruppe – leicht rund 1.000 Euro!

*Wir merken uns:* Alternative Arzneimittel, Homöopathie etc. pp. sind zwar billiger aber unerwünscht. Vermutlich ist der Beipackzettel zu kurz.

■ **Brillen und sonstige Sehhilfen:** Sie sind nur noch »für Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres« und bei sehr schwerwiegenden Erkrankungen beihilfefähig. Darunter versteht der Gesetzgeber »Blindheit beider Augen oder Blindheit eines Auges und Sehschwäche des anderen Auges oder gravierende Sehschwäche beider Augen oder erhebliche Gesichtsfeldausfälle«.

*Wir merken uns:* Brille und Kontaktlinse sind jetzt bis auf ganz wenige Ausnahmen völlig Privatangelegenheit. Im Beruf ist volle Sehkraft anscheinend unnötig (oder störend?).

■ **Praxisgebühr:** »Für den Beihilfeberechtigten und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen wird bei Inanspruchnahme eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten jeweils ein Pauschalbetrag von 20 Euro pro Kalenderjahr abgezogen«. Ausnahmen sind Kinder bis 18, Schwangere, Vorsorgeuntersuchungen, festgesetzte beihilfefähige Höchstbeträge wie für Massagen etc. »Jeweils« heißt: a) 20 Euro für ärztliche + 20 Euro für zahnärztliche + 20 Euro für psychotherapeutische Behandlung und b) das für jede beihilfefähige Person. Im Gegensatz zur GKV handelt es sich um Pauschalbeträge pro Kalenderjahr, nicht bezogen auf Krankheitsfälle.

*Wir merken uns:* 1. Gesundsein lohnt sich heute mehr denn je. 2. Der Staat scheut die selbst erdachte Praxisgebühr und führt sie deshalb bei seinen Beamtinnen und Beamten im Vergleich zur GKV eher symbolisch ein.

■ Die **Beihilfe im Todesfall** sowie die **Beihilfe zur Säuglings- und Kleinkinderausstattung** entfallen.

*Wir merken uns:* Tod und Geburt sind teuer, zumal die »Betroffenen« selber nichts zum Bruttosozialprodukt beitragen, weshalb dies grundsätzlich unerwünschte Privatangelegenheiten sind.

Der genaue Wortlaut ist mit weiteren Neuregelungen den neuen BhV zu entnehmen. Der Gürtel zum Engerschnallen (von selbsternannten Therapeuten propagiertes Mittel zur Gesundung der Sozialsysteme, angeblich todsicher!) befindet sich aus unbekanntem Gründen nicht in der Heilmittelliste. Vielleicht kommt das ja bei der nächsten Reform.

von Wolfgang Fischer

## Und weiter geht die Abzocke für den Standort

Die Bayerische Staatsregierung zeigt sich von den Protesten der AkademikerInnen scheinbar beeindruckt und beschließt deshalb umfangreiche Gebührenerhebungen, um die Einsparungen an den Hochschulen aufzufangen. Das behauptet jedenfalls Finanzminister Faltilhauser. Allerdings werden die Mehreinnahmen erst einmal in die Staatskasse zur Haushaltskonsolidierung fließen.

Wie im Kabinett der Bayerischen Staatsregierung beschlossen, sollen ab dem Wintersemester 2004/05 Verwaltungsgebühren von 50 Euro und zum Wintersemester 2005/06 Gebühren

für die Überschreitung der Regelstudienzeit plus drei Semester von 500 Euro erhoben werden. Darüber hinaus werden nach der Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts (vor-

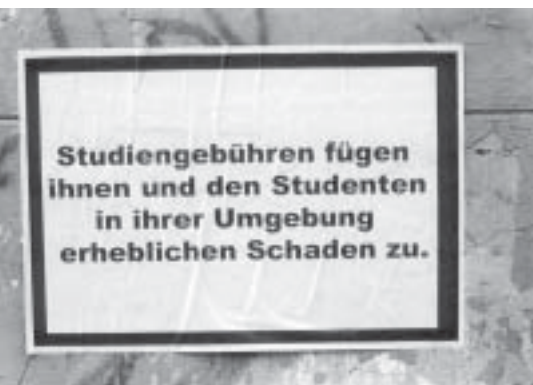
aussichtlich 2004) allgemeine Gebühren in etwa der gleichen Höhe fällig.

Widerstand gegen diese Vorhaben gab es im Kabinett keinen, genauso wenig wird sich wohl in der Bevölkerung oder an den Hochschulen regen.

Bisher jedenfalls konnte sich die Masse der Studierenden nur darauf einigen, für den Standort Deutschland, dessen wichtigste Grundlage sie wären, zu demonstrieren. Hochschulpolitische Themen wie Gebühren, Privatisierung und Entdemokratisierung oder gar politische Themen wie Sozialabbau und Globalisierung, wurden ausgespart, weil sich eine nicht geringe Anzahl durchaus mit einem solchen neoklassischen Umbau von Hochschule und Gesellschaft anfreunden kann.

Wer meint, die ökonomische, soziale und kulturelle Elite zu sein, der braucht sich davor auch nicht fürchten, denn genau dorthin soll ja der gesellschaftliche Reichtum umverteilt werden. Doch wenn sich da mal nicht die Mehrzahl der Studierenden geschnitten hat, denn die freien Plätze in der Elitenloge sind sehr begrenzt.

**Landesstudierendenausschuss (LASS) der GEW Bayern**





## Bildung ist ein Menschenrecht – geht's nach Stoiber geht's uns schlecht!

Am 12. Dezember protestierten in der Nürnberger Innenstadt anlässlich des Besuchs von Wissenschaftsminister Goppel an der Fachhochschule Nürnberg ca. 1.500 DemonstrantInnen, gegen die Haushaltskürzungen im gesamten bayerischen Bildungsbereich und die geplanten Einführung von Studiengebühren.

Viele Menschen sehen in den aktuellen Haushaltskürzungen der bayerischen Staatsregierung einen weiteren Schritt in der Demontage des Sozialstaates. Der aktuelle Protest der Betroffenen, der Jugendverbände, der LehrerInnen und Studierenden richtet sich gegen die aktuelle Politik der sogenannten »Bildungsoffensive«, welche reiner Bildungsabbau ist. Auf den Hochschulsektor bezogen ist die Abschaffung des gebührenfreien Erststudiums eine Auswirkung dieser »Bildungsoffensive«. Die sog. »bildungsfernen Schichten« sind seit Bestehen der Bundesrepublik und trotz Bildungsexpansion in den 60er und 70er Jahren an den Hochschulen immer noch massiv unterrepräsentiert. Es ist anzunehmen, dass die Motivation von nicht sehr vermögenden Menschen, ein Studium anzufangen, durch 400-600 Euro Studiengebühren pro Semester nicht besonders steigen wird. Wie eine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung<sup>1</sup> zeigt, ist die Zahl der Einschreibungen an österreichischen Hochschulen nach der Einführung von Studiengebühren deutlich zurückgegangen!

Auch für den Mittelbau – die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an den Fakultäten und Lehrstühlen – stellt sich die Zukunft prekär dar, denn hier wollen Stoiber und Goppel frei werdende Stellen nicht mehr besetzen, ökonomisch nicht verwertbare Fachbereiche streichen oder an vereinzelt Hochschulstandorten zusammenführen. Nach dem Grundsatz: es muss nicht mehr überall alles angeboten werden. Dies

ist allerdings schon heute nicht mehr der Fall. Eine Situation, die auch die ProfessorInnen indirekt in der Freiheit der Lehre weiter einschränken wird, sind sie doch für Wissenschaft und Forschung unbedingt auf die Unterstützung durch den Mittelbau angewiesen. Diese allumfassende Rationalisierung im Sinne des Wissenschaftsstandortes Bayern wird dazu führen, ökonomisch unattraktive Fächer auch in der Qualität der Lehre für die zukünftigen Studierenden bewusst unattraktiv werden zu lassen. Stoiber und Goppel finden dies durchaus legitim. Mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit haben die Patriarchen allem was unliebsam ist, den Kampf angesagt, jetzt ist eben mal die Bildung dran!

Nicht nur aus gewerkschaftlicher Sicht muss dies mit einem kategorischen NEIN abgelehnt werden. Nur eine konsequente Ablehnung kann hier gegen die repressiven Pläne ins Spiel gebracht werden und langfristig Erfolge zeigen. Gesprächsbereitschaft zu signalisieren bringt relativ wenig, denn auf die Antworten haben sich Stoiber & Co schon festgelegt: für Sozialabbau und für Kürzungen im Bildungsbereich!

Unsere Demonstration in Nürnberg war natürlich auch von Kritik begleitet. Eine um Harmonie bedachte Herangehensweise veranlasste viele Studierende, sich von der Demonstration zu distanzieren. Ihnen war sie zu »links«, weil hier von den VeranstalterInnen nicht nur die Zukunft der Studierenden thematisiert wurde, sondern die allgemeine soziale Selektion. Hier besteht also noch dringend Diskussionsbedarf.

Es muss in jedem Fall von allen fortschrittlichen AkteurInnen auf diese neoliberale Entwicklung reagiert werden, damit Bildung irgendwann doch ein Recht für alle wird!

**von Philipp Heinze** Sprecher des LASS Bayern

<sup>1</sup> »Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen« von Bernhard Nagel, analysiert Daten aus USA, England, Schottland, Niederlanden, Österreich, Australien, Neuseeland.



Am 10. Januar machten über 10.000 TeilnehmerInnen Kundgebung und Demo der Mitgliedsverbände des Landesjugendrings zu einer in ihrer Vielfalt beeindruckenden Massenveranstaltung. Alle waren da, (s. auch Aushang Seite 12/13) mit Sicherheit auch viele, die aus Überzeugung CSU gewählt haben.

## Auf falschen Wegen zum richtigen Ziel?

Auch wenn die Entscheidung über die G8 erst einmal gefallen ist, wird die Diskussion darüber weiter geführt werden müssen. Zum Interview mit Klaus Weinzierl erreichen uns folgende Leserbriefe. Zur weiteren Diskussion darüber verweisen wir auch auf die Möglichkeit des »Forum« auf unserer Homepage: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)

Lieber Klaus, den Optimismus, den Du in Deinem Interview angesichts der bildungspolitischen Vorzeichen in Bayern in das achtjährige Gymnasium setzt, kann ich nur bewundern. Natürlich gebe ich Dir in dem Punkt Recht, dass man die generelle Diskussion um diese Form des Gymnasiums nicht von vorn herein abblocken kann. Auf welche Anhaltspunkte Du aber die Erwartung gründest, das achtjährige Gymnasium könne hier in Bayern einen Weg eröffnen, der herausführt aus der alten »Belehrungsschule«, kann ich nicht nachvollziehen. Hältst Du es tatsächlich für möglich, dass sich die von Dir umrissene Perspektive einer »klug strukturierten Ganztagschule« mit dem Votum für das achtjährige Gymnasium in Einklang bringen lässt?

Die Hoffnung soll Dir bleiben, die gegenwärtigen Planungen der Staatsregierung und des Kultusministeriums sind meiner Auffassung nach jedoch nicht danach geraten. Wenn das achtjährige Gymnasium zum Schuljahrsbeginn 2004/2005 tatsächlich im Hauruckverfahren eingeführt werden sollte, wird sich die Wochenstundenzahl nach derzeitigem Stand der Dinge schon in der 6. bis 8. Klasse auf 34 Stunden erhöhen, in der 9. und 10. Jahrgangsstufe sind es dann 37 Stunden. Fünf Schultage à 6 Stunden ergeben erst 30 Stunden, ohne intensiven Nachmittagsunterricht ist nicht auszukommen. In einer vernünftig organisierten Ganztagschule wäre dagegen vielleicht nichts einzuwenden, aber die gesamte Infrastruktur der Schule ist auf diesen Nachmittagsunterricht in keiner Weise eingestellt: Es gibt kein warmes Essen, keine geeigneten Räumlichkeiten und damit kaum Möglichkeiten, den Schulbetrieb so zu gestalten, wie Du und wir es uns vorstellen. Beim Aufbau entsprechender Einrichtungen kämen auf die Kommunen immense Sach- und Personalkosten zu, die bei der gegenwärtigen Finanzlage der Städte und Gemeinden so schnell gewiss nicht zu leisten sind!

Und dann die Schüler. Vielleicht haben Deine Schützlinge im kulturgewohnten München die Nase tatsächlich so weit vorne, dass man ihnen das achtjährige Gymnasium problemlos und ohne Qualitätsverlust zumuten kann. Meine Erfahrung und die aller Kollegen aus meinem Bekann-



tenkreis ist aber die, dass die notwendigen Grund- und Schlüsselqualifikationen, die für das erfolgreiche Bestehen eines höheren Schulabschlusses verlangt werden, immer weniger vorausgesetzt werden können. Im Englischunterricht der 5. und 6. Jahrgangsstufe z. B. muss ich immer öfters feststellen, dass Schüler selbst die einfache Identitätsumkehrung bei Frage und Antwort nicht mehr leisten können, d. h., dass aus dem »you« der Anrede in der Antwort eben ein »I« oder »we« werden muss. Schüler aber, die im Sprechakt nicht einmal mehr das »Ich« und »Du« richtig auseinanderhalten können, tun sich sehr schwer, ein Subjekt von einem Objekt zu unterscheiden, die Fälle zu beherrschen, Nomen durch Pronomen zu ersetzen oder durch die Umkehrung der Satzstruktur einen Frageatz zu bilden.

Ich will damit nicht sagen, dass Schüler heute dümmer sind als früher, das Umfeld der Sprach- und Kulturvermittlung hat sich aber geändert und gerade die Anfangsjahrgänge brauchen mehr Zeit und Zuwendung. Mit dem achtjährigen Gymnasium, in der hier in Bayern vorgesehenen Form jedenfalls, ist doch klar, wer auf der Strecke bleiben wird. Nicht mehr Zeit für die Schüler und weniger Paukbetrieb, sondern eine rigorose Auslese wird die Folge sein!

Noch ein Wort zu dem immer wieder zitierten Vergleich mit anderen Bildungssystemen, vor allem mit dem der angelsächsischen Länder, der auch in Deinem Interview anklingt. Die Ganztagschule nach englischem Vorbild, das weiß ich ziemlich konkret aus eigener Erfahrung, ist auch nicht unbedingt das Gelbe vom Ei. Und was die Ausbildungszeiten anbelangt, so erreichen in den USA und in Großbritannien die Schüler bei geringeren Ansprüchen zwar einen früheren Schulabschluss als hier, für die Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt oder für das akademische Aufbaustudium zählt in der Regel aber die Prüfung zum »Bachelor«. Diese Qualifikation erwirbt man nach einem schulmäßig ablaufenden Grundstudium an einer Hochschule. Die »Kollegstufe« ist dort also nur in die Hoch-

schule verlagert, die jungen Leute stehen dem Arbeitsmarkt auch nicht früher zur Verfügung als hierzulande! Ob man das wirklich so will, darüber müsste man sich auch erst einmal unterhalten. Auf jeden Fall wären dann an den Universitäten mehr Stellen fällig, und es sieht zur Zeit nicht gerade danach aus, als wolle man hier größere Anstrengungen unternehmen.

Bleibt die Frage, welche Position die GEW beziehen sollte (...). Ein diskussionswürdiges Fernziel mag das achtjährige Gymnasium durchaus sein, allerdings nur dann, wenn die Debatte in Ruhe geführt und dabei die gesamte Bildungsstruktur von der Vorschule bis zur Hochschule im Blickfeld behalten wird. Mit kultusministeriellen Erlassen aus heiterem Himmel ist nichts gewonnen. Und deshalb bleibt, so wie die Wege hier in Bayern vorgezeichnet sind, für uns keine andere Wahl als das klare unmissverständliche Nein!

Rupert Appeltshauer  
Probstgrund 18a  
96450 Coburg

Alle Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Jahren viel Zeit und Engagement in die innere Schulreform gesteckt haben, sollten sich allmählich fragen, ob sich die »Geschäftsgrundlage« dafür mittlerweile nicht entscheidend geändert hat. Klaus Weinzierl geht in gewisser Euphorie von Erfahrungen in einem G-8 Zweig aus »inzwischen mit 90 SchülerInnen in je einer 5.-9. Klasse.« Das sind im Schnitt 18 SchülerInnen pro Klasse. Ich geb ihm recht, das sind gute Arbeitsbedingungen. Die Realität in Normalklassen dürfte aber ganz anders aussehen. Ob es bei 30 SchülerInnen auch noch Spaß macht?

»Die Lehrerinnen und Lehrer können jetzt GestalterInnen werden, statt Unterrichtsbeamte zu bleiben«, gibt uns unser ehemaliger Landesvorsitzender werbend zu bedenken. Da würde Frau Hohlmeier auch jedes Wort dick unterstreichen. Offensichtlich neigen Kollegen, die an einer weiterführenden Schule unterrichten, verstärkt dazu, ihr Betätigungsfeld zu idealisieren. Als Pflichtschullehrer gerate ich weniger in diese Gefahr, weil mich meine Umstände schnell auf den Boden der Tatsachen zurückholen, sollte ich kurzfristig abheben. Klaus Weinzierl stellt seufzend die Frage wohl genau an solche wie mich gerichtet: »Warum können sich so viele Menschen Schule nur als Unterrichtsstunden-Ort vorstellen?« Na ja, vorstellen kann ich mir vieles. Ich muss mir aber letztlich ein realistisches Bild meiner Tätigkeit machen. Bezahlt werde ich, der ich dem »alte(n) Denken« etwas abgewinnen kann, für die Zurichtung der Ware Arbeitskraft. Ob man dafür mehr oder weniger Zeit verwenden sollte, wird von denen entschieden, die in dieser Gesellschaft immer noch das Sagen haben.

Diese sind nicht in der GEW organisiert, eher in Arbeitgeberverbänden, soweit sie sich organisieren. Für Verkürzung der Unterrichtszeit bei gleichzeitiger Verdichtung des Unterrichtsprozesses und der Verschärfung der Anforderungen, sprich verschärfter Auslese, kann ich als Gewerkschafter auf keinen Fall sein. Ob das alles sinnvoll ist, was in der Schule getrieben wird, ist ein ganz anderes Thema. Da könnte ich mich mit Klaus Weinzierl vermutlich schnell einigen.

Das politisch verantwortliche Personal stellt die kommende Saison unter das Motto: Arbeitszeitverlängerung und Gehaltskürzung als Dank für die zusätzlich und unentgeltlich geleistete Arbeit der letzten Jahre.

Wenn das widerstandslos hingenommen wird, kann es die Staatsseite nur als Aufforderung verstehen zu einem weiter so.

Der überwiegende Teil von uns hat im Alltag innere Schulreform betrieben, wenngleich wir das nicht marktschreierisch nach außen getragen haben. Die meisten von uns haben diese Tätigkeit jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Programm des Kultusministeriums gesehen. Wir haben die Distanz gewahrt und sehen heute deutlich, dass wir gut beraten waren.

Aber die KollegInnen, die sich noch einbinden lassen in kultusministerielle Programme zur Verhinderung struktureller Schulreformen hin zu einem integrativen Bildungswesen müssen sich fragen lassen, wie lang sie das Spiel noch mitspielen wollen.

Unabhängig davon, was Klaus Weinzierl, der als Kabarettist ein kreativer Mensch zu sein hat, denkt und will, machen die für das Schulwesen Verantwortlichen Vorgaben, die von Nüchternheit geprägt sind. Die

wollen auch, dass LehrerInnen bei der Unterrichtsverpflichtung nicht »zu sehr quantitativ« denken, sondern halt zur Verfügung stehen, wann und wo immer sie gebraucht werden.

Altes oder neues Denken? Die Verhältnisse und den Gegner realistisch einzuschätzen, das ist für mich richtiges Denken.

Und wo bleibt das Ziel, von dem auch bei Klaus Weinzierl die Rede ist?

Ziel der GEW ist seit langem die Aufhebung der verschiedenen Schularten in einem integrierten Bildungssystem. Maßnahmen in diese Richtung sind zu unterstützen. Rundumschläge einer Staatsregierung, die verzweifelt ein weltweit isoliertes System der pädagogischen Ausgrenzung in das 21. Jahrhundert zu retten versucht, können wir nur entschieden ablehnen.

Hans Elas, Hauptschullehrer  
AG Perspektiven

## Taschenbuch-Tipps 2004

### der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur & Medien (AjuM) der GEW

Rechtzeitig zur Bildungsmesse in Köln und zur Buchmesse in Leipzig ist die 6. Ausgabe dieses bewährten Verzeichnisses erschienen. Es enthält über 300 annotierte Taschenbuchempfehlungen (viele neue und auch bewährte ältere Titel) in drei Altersstufen und einer Rubrik »Sachbücher« mit Verfasser- und ausführlichem Schlagwortregister. Titel, für die Handreichungen für den Unterricht vorliegen, sind besonders gekennzeichnet, ebenso solche, zu denen es MCs und CDs gibt.

Dieses Verzeichnis eignet sich im PISA-Zeitalter auch hervorragend zur Werbung für die Bildungsgewerkschaft. (Wer, wenn nicht wir? Viele reden von Leseförderung – wir geben konkrete Hilfe.) Das Verzeichnis sollte bei Veranstaltungen, Personalversammlungen, Tagungen u.ä. ausgelegt und verteilt werden.

Ganz aktuelle und ausführliche Buchurteile findet man unter [www.ajum.de](http://www.ajum.de): »Kinder- und Jugendliteratur im Internet – Projekt des Bildungs- und Förderungswerks der GEW.«

**Zu beziehen über Heinz Dörr, Bahnhofstr. 43, 88662 Überlingen, Fax: 07551-68019.**



Der Bezirksverband Oberbayern der GEW wählte auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am letzten Samstag in München wieder seinen Vorstand.

Das Foto zeigt (von links): Alexander Pschorr, Studierendenvertreter, Freising, Ludwig Würfl, 3. Vorsitzender, Freising, Gertrud Neidiger, 1. Vorsitzende, Freising, Peter Caspari, 2. Vorsitzender, Erding, Jörg Poll, Kassier, Landsberg/Lech, Andreas Wagner, Bereiche: Angestellte; Beschäftigte bei den Einrichtungen der »Lebenshilfe«, Bad Tölz/Wolfratshausen.

Die Delegierten sprachen sich entschieden gegen die beschlossenen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich aus. Die geplante Arbeitszeiterhöhung und -verdichtung beweise, dass die Bayerische Staatsregierung keinerlei Interesse daran habe, die Qualität von Unterricht und Erziehung zu verbessern. Die Grenze der Belastbarkeit sei jetzt schon bei vielen Kolleginnen und Kollegen überschritten. Man wolle in Absprache mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und anderen Bündnispartnern den Widerstand gegen die Kürzungen organisieren.

Der Kreisverband Würzburg ehrte seine langjährigen Mitglieder. Über insgesamt 540 Jahre Mitgliedschaft freute sich der Kreisvorstand vertreten durch Jörg Nellen (rechts).

Für ihre langjährige Treue zur Bildungsgewerkschaft erhielten eine Ehrenurkunde (v.l.n.r.) Helmut Radler, Lehrer an einer beruflichen Schule, für 25 Jahre, Paul Pagel, Lehrer an einem Gymnasium, für 30 Jahre, Walter Bausenwein, Lehrer an einer Hauptschule, für 30 Jahre, Klaus Schäfer, Lehrer an einem Gymnasium, für 25 Jahre, Christoph Trautner, Lehrer an einer Hauptschule, für 30 Jahre, Hildegard Wagner-Koch, Lehrerin an einer Grundschule, für 30 Jahre, Dr. Wolfgang Drave, Lehrer an einer Förderschule, für 30 Jahre, Hubert Niggel, Lehrer an einer beruflichen Schule, für 25 Jahre, sowie weitere elf Kolleginnen und Kollegen.



Foto: Stefan Löhner

## Neue BAT-Vergütungstabellen

Die BAT-Vergütungstabellen für die Angestellten der Gemeinden sowie des Bundes und der Länder, gültig ab 1. Januar 2004 und ab 1. Mai 2004, können ab sofort in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.

Tel. 089-544 081-0

e-mail: [info@bayern.gew.de](mailto:info@bayern.gew.de)

## Deutsche Italianistentage in Tübingen

Vom 25.-27. März 2004 veranstaltet der Deutsche Italianistenverband eine Tagung zum Rahmenthema »Retorica: Ordnungen und Brüche«. Neben den klassischen Sektionen Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaft sowie Didaktik und Landeskunde wird auch der Bereich Rhetorik interdisziplinär angeboten. Das aktuelle Programm ist zu finden unter

[www.italianistica.net](http://www.italianistica.net)

## »Partigiani«

Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien.

Eine Fotoausstellung italienischer Widerstandsinstitute.

In eindringlichen Fotos und knappen deutsch-italienischen Texten gibt die Ausstellung einen Überblick über den Faschismus in Italien, über die deutsche Besatzung und vor allem über den Widerstand von Partisanengruppen in Oberitalien. Ein Begleitprogramm ergänzt die Ausstellung.

29.1. bis 27.2.2004, täglich 12-19 Uhr

München, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b.

Führungen auch für Schulklassen nach Vereinbarung möglich (Tel. 089/33 31 39)

## Prävention gegen sexuelle Gewalt

Die letzte Ausgabe der »proJugend« im Jahr 2003 hat den Schwerpunkt Prävention gegen sexuelle Gewalt. Qualität in kleinen Schritten (Ausgabe 4/2003). Die Zeitschrift kann für 2,80 Euro (zzgl. Porto/Versand) unter der Bestell-Nr. 43701 bezogen werden bei:

Aktion Jugendschutz

Fasaneriestr. 17 • 80636 München

Tel. 089-121573-11 • [www.bayern.jugendschutz.de](http://www.bayern.jugendschutz.de)

# Dies und Das

## Fortbildung für PhysiklehrerInnen

An der Uni Regensburg finden am 12. und 13. März im Rahmen der Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft die LehrerInnentage statt. Dabei handelt es sich um eine Fortbildungsveranstaltung für PhysiklehrerInnen der Sekundarstufen I und II.

Der Besuch der Tagung ist kostenfrei. Die Anmeldung kann bis zum 27. Februar 2004 online unter der unten angegebenen Webadresse, danach an den Veranstaltungstagen direkt im Tagungsbüro erfolgen.

Das ausführliche Programm und Abstracts zu den Vorträgen sind zu finden unter

[www.physik.uni-regensburg.de/didaktik/](http://www.physik.uni-regensburg.de/didaktik/)

[lehrerfortbildung.htm](http://lehrerfortbildung.htm).

## Arbeitskreis für psychoanalytische Pädagogik der Schule

### mit neuem Ausbildungsprogramm

Der Arbeitskreis für psychoanalytische Pädagogik der Schule e.V. hat sein neues Ausbildungsprogramm für das Jahr 2004 vorgelegt. Die geplanten Veranstaltungen, die auch einzeln zu belegen sind, können als Bausteine für eine mehrjährige Weiterbildung zum »Supervisor für Unterricht und Bildung« bzw. zum/zur »Berater/Beraterin« verwendet werden.

Neben diesen Veranstaltungen, die mehr der Aus- und Weiterbildung dienen, bietet der Arbeitskreis weitere professionelle Hilfe und Unterstützung an: speziell für Lehrer, die sich in beruflichen Krisensituationen (burn-out Problematik) befinden oder mit schwierigen Klassen bzw. einschlägigen pädagogischen Problemen zu tun haben. Der Arbeitskreis wendet sich in erster Linie an Lehrkräfte aller Schularten und in allen Funktionen, aber auch an SchulpsychologInnen, ErzieherInnen im sozialen Feld der Schule sowie an PsychoanalytikerInnen, die sich für eine Supervisionstätigkeit qualifizieren wollen.

Näheres unter [www.apps.de](http://www.apps.de)

Die Münchner Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit IMMA bietet im März zwei Veranstaltungen an:

## Forumtheater nach Augusto Boal, eine Methode der aktivierenden Mädchenarbeit.

Die Teilnehmerinnen lernen Übungen kennen, die geeignet sind, Mädchen und junge Frauen zu unterstützen, ihrer Lebenswirklichkeit bzw. schwierigen Situationen aus ihrem Alltag über Theater Ausdruck zu verleihen, Sprachlosigkeit zu überwinden und Lösungsstrategien an Hand von kurzen Szenen zu erarbeiten. Wie alltägliche Kommunikationsrituale mittels verbaler und non-verbaler Sprache dargestellt werden, wird an praktischen Beispielen geübt.

Zielgruppe: Fachfrauen, Theatererfahrung ist nicht nötig, aktive Teilnahme jedoch Voraussetzung.

Termin: 15.03.-17.03.2004

Kosten: 150 EUR, Anmeldeschluss: 16.02.04

## »Und dann hole ich mir erst mal eine Tasse Tee!«

Sexueller Missbrauch an Mädchen und Jungen – Arbeitsgrundlagen und Hintergründe

In jedem pädagogischen, psychologischen und sozialpädagogischen Arbeitsalltag gibt es Berührungen und Konfrontationen mit sexueller Gewalt. Diese Kontakte lösen bei Fachfrauen wie -männern häufig Verunsicherung und Hilflosigkeit aus. Sachliche Informationen und die intensive Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten, sowie eine deutliche Handlungsperspektive erweitern die eigenen Handlungskompetenzen.

Zielgruppe: Fachfrauen und -männer, die mit Mädchen/jungen Frauen in der Jugendhilfe und in unterschiedlichen Praxisfeldern arbeiten.

Termin: 29.03.-31.03.2004

Kosten: 150 EUR, Anmeldeschluss: 1.3.04

Kontakt: IMMA e.V.

Jahnstr. 38 • 80469 München

Fax: 089-23 88 91 15,

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

**Erinnerung:** Am Samstag, den 15.05.2004 findet von 9.30 bis 18.00 Uhr an der Universität Augsburg

das **9. Bayerische Integrations-symposium** statt.

Veranstalter: Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V. • Universität Augsburg - Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Grundschuldidaktik • Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V. - Kontaktstelle für Integrationsfragen  
Informationen zum Symposium bei: Martina Buchschuster, LAG Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen, Wiesengrundweg 3, 86482 Aystetten  
Tel.: 08 21 - 4 86 28 58, Fax: 08 21 - 4 86 28 07, e-mail: [buchschuster@t-online.de](mailto:buchschuster@t-online.de); Anmeldung: Anita Leeman, Caritasverband für die Diözese Augsburg e.V., Postf. 101420, 86004 Augsburg, Tel: 0821-3156-327 oder -275, Fax: 0821-3156-360, e-mail: [a.leeman@caritas-augsburg.de](mailto:a.leeman@caritas-augsburg.de)

Stadt Erlangen, Kinderförderung Erlangen e.V. und die Regierung von Mittelfranken laden ein:

## 4. Sonderpädagogischer Tag in Erlangen, am 17. und 18.3. 2004

Sonderpädagogisches Förderzentrum, Stintzingstr. 22, 91052 Erlangen, Tel.: 09131/9 41 15 80, [verwaltung@sfz-e.de](mailto:verwaltung@sfz-e.de)

17.3.2004 von 14.00 - 20.30 Uhr Vom Vorschulkind zum Schulkind: Prof. Dr. G. Moll: »Hyperaktivität - Was ist das?«  
anschließend diverse Arbeitsgruppen

18.3.2004 von 14.00 - 17.30 Uhr Von der Schule zum Berufsleben: A. Böhm: Berufl. Möglichkeiten für Jugendliche mit sonderpäd. Förderbedarf  
anschließend stellen sich diverse Projekte vor

Eintritt für beide Tage: 3 Euro. Es ist keine Anmeldung erforderlich.

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Dezember und Januar Geburtstag feiern, ganz besonders

**Alban Frischeisen**, Pullach, zum **88.**

**Wolfgang Graf**, München, zum **78.**

**Prof. Dr. Kurt Singer**, Grünwald, zum **75.**

**Hermann Brandes**, Erding, zum **74.**

**Gertrud Gräbner**, Kirchberg,

**Prof. Dr. Susanne Grimm**, München,

**Ursula Mück**, Weitrarnsdorf, und

**Lilo Seibel-Emmerling**, Nürnberg, zum **72.**

**Prof. Hanne Kettling**, München, zum **71.**

sowie

**Ursula Koppe**, Bad Aibling,

**Walter Engelhardt**, Mistelbach,

**Otto Götz**, Neuried,

**Erhard Hagebeucker**, Würzburg,

**Hermann Hammer**, Stadtbergen,

**Edgar Liegl**, München, und

**Walter Schiebel**, Alzenau, zum **65.**



## Herzlichen Dank!

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten.

Im Dezember und Januar gilt unser Dank ganz besonders für **35 Jahre Mitgliedschaft**

**Ute Schmidt**, Coburg, **Walter Bergmann**, München, **Peter Lösch-Bersche**, Buchendorf,

**Sieghard Schramm**, Augsburg, und **Harald Wolff**, München.

## Interessante Veranstaltungen ab Februar 2004

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

|              |  |                           |  |
|--------------|--|---------------------------|--|
| 12.02.04     | <b>Irak - Literarischer Streifzug durch ein zerstörtes Land</b><br>Rezitation: Erich Ude & Patricia Litten, Eintritt: 5,-/erm. 3,- Euro<br>Eine Veranstaltung der Volksbühne, Bildungszentrum + Stadtbibliothek                                      | Lesung                    | <b>Nürnberg</b><br>19.30 Uhr, Zeitungs-Café<br>Stadtbibliothek |
| 13.-15.02.04 | <b>Studium und Job.</b> Was SozialreferentInnen in Fragen des Arbeits-, Tarif- und Sozialrechts wissen sollten.*<br>Veranstalter: GEW-Hauptvorstand  | Seminar                   | <b>Marktbreit</b>  |
| 13.-15.02.04 | <b>Internationalisierung der Hochschule.</b> Gemeinsame Forderungen erheben und durchsetzen. * Veranst.: GEW-HV  | Seminar                   | <b>Marktbreit</b>  |
| 19.02.04     | <b>Aktuelle Veränderungen im Arbeits- und Sozialrecht.</b> */**<br>(Hartz I-IV) mit Jörg-Uwe Schulz, DGB Nürnberg und Gerd Fischer<br>Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42   | BR-Tagesseminar           | <b>München</b><br>Gewerkschaftshaus                            |
| 25.02.04     | <b>Krieg und Frieden und die EU.</b> Friedenspolitischer Aschermittwoch mit Dr. Peter Strutynski, Kassel   | Öffentliche Veranstaltung | <b>Aschaffenburg</b><br>DGB-Haus, 20.00 Uhr                    |
| 26.-27.02.04 | <b>Akkordarbeit im Wohlfahrtswesen?</b> */**<br>Leistungsbezogene Entgeltkomponenten. Mit Marian Janka   | BR-Seminar                | <b>Stein b. Nürnberg</b>                                       |
| 27.-29.02.04 | <b>Wissenschaft als Beruf.</b> Zur Strukturierung der Promotionsphase.<br>Seminar für DoktorandInnen. * Veranstalter: GEW-HV   | Seminar                   | <b>Würzburg</b>  |
| 01.03.04     | <b>Reformen im Arbeitsrecht.</b> Auswirkungen auf die BR-Arbeit. Mit G. Fischer. Anmeldung GEW-Geschäftsstelle: 089-544 08 10  | BR-Tagesseminar           | <b>München</b><br>Gewerkschaftshaus                            |
| 01.-02.03.04 | <b>Knackpunkte der Betriebsratsarbeit.</b> Einführungsschulung Teil I.<br>Mit Marian Janka */** Teil II und III: <b>23./24.3. u. 19./20.4.</b>   | BR-Seminar                | <b>Stein b. Nürnberg</b>                                       |
| 03.03.04     | <b>BR-Arbeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.</b> Betriebliche Alternativen. Mit Gerd Fischer */**, Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42. <b>Das gleiche Seminar gibts am 18.03.04 im Münchner Gewerkschaftshaus.</b> | BR-Tagesseminar           | <b>Nürnberg</b><br>Tratzenzwinger<br>9.30 - 17.00 Uhr          |
| 12.03.04     | <b>LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern</b>  | LVV                       | <b>Nürnberg</b> Bröger-Haus                                    |
| 27.03.04     | <b>1968 trifft Generation Golf(krieg).</b> Erfahrungsaustausch und Perspektiven. Langjährige GEW-Mitglieder treffen die Junge GEW  | Seminar                   | <b>Nürnberg</b>  |
| 10.-14.5.04  | <b>Sparmaßnahmen im Betrieb - Was kann der Betriebsrat tun?</b> */** Mit Knut Becker. Anmeldung GEW: 089-544 08 10   | BR-Seminar                | <b>Niederpöcking</b><br>DGB-Bildungszentrum                    |

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:

GEW-Büro z.Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com

\*\* Teilnahmegebühr

# GEW-Stammtische ... Kontakte .. GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

**Aschaffenburg** jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia  
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

**Bad Neustadt** jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhönperle  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bayreuth** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro Jojo, Schulstraße  
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

**Coburg** jeden 2. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«  
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

**Donau-Ries/Dillingen** monatlich Mittwoch nach Vereinbarung,  
19.30 Uhr, Ort nach Absprache  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erlangen** jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl  
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** jeden 3. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)  
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten,  
20 Uhr, Weinstube Reutin  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen**, nach Absprache  
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**  
Termine: www.gew-muenchen.de  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 81 41/2 75 85

**München AG SprachlehrerInnen** jeden 2. Donnerstag,  
19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew.muenchen.de  
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**  
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: www.gew-muenchen.de  
Kontakt: Gretl Danner, ☎ 0 89/7 46 05 78

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

## München GEW-Hochschulgruppe

jeden Montag 19.00 Uhr, AStA Uni München  
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

**Neu-Ulm/Günzburg** monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick**  
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße  
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Pfaffenhofen/Niederscheyern** jeden 2. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbräuklause  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat,  
19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr,  
Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,  
Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Traunstein** jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr,  
Gaststätte Schnitzelbaumer  
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

**Weiden** jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)  
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

**Würzburg** jeden 2. Dienstag (ab 1. Schultag nach Ferien),  
20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

**Kontakte und Infos gibt es auch über die Homepage der GEW Bayern: [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)**

## »Train fantome« im Gedächtnisbuch

### Ein deutsch-französisches Projekt sucht Freiwillige

Im Sommer 1944 setzt sich in Toulouse einer der letzten Deportationszüge aus Frankreich in Bewegung. Mehrere hundert Gefangene aus verschiedenen südfranzösischen Lagern und Gefängnissen sollen nach Deutschland deportiert werden: AntifaschistInnen aus dem spanischen Bürgerkrieg, Jüdinnen und Juden, französische WiderstandskämpferInnen. Zwei Monate Irrfahrt durch das umkämpfte Frankreich kosten bereits viele von ihnen das Leben. Wer waren die Menschen in diesem Zug? Wer von ihnen hat Deportation und Konzentrationslager überlebt? Wohin hat das Schicksal die Überlebenden nach der Befreiung verschlagen? Das »Gedächtnisbuch für die Häftlinge des KZ Dachau« will die Lebensgeschichten der Deportierten veröffentlichen und sucht Freiwillige zur Recherche und Erstellung von Biografien.

Interessant ist das Projekt vor allem für SchülerInnen, die ein Facharbeitsthema für den Leistungskurs Französisch suchen, es steht aber auch anderen Interessierten offen. Beginn des deutsch-französischen Unterprojektes des »Gedächtnisbuches für die Häftlinge des KZ Dachau« ist im Februar 2004, die Anmeldung sollte sofort erfolgen. Die Teilnahme wird in monatlich stattfindenden Werkstatt-Gesprächen in München betreut. Im August 2004 fährt die Gruppe zur 60-jährigen Gedenkfeier der Durchfahrt der Deportierten nach Sorgues in Südfrankreich. Dort gibt

es eine Begegnung mit Mitgliedern des dort gegründeten Freundeskreises der Deportierten und ein gemeinsames Seminar mit französischen TeilnehmerInnen. Anschließend fahren sie zu »ihren« Überlebenden bzw. den Familienangehörigen, mit denen sie lebensgeschichtliche Interviews führen. Im Herbst werden die Quellen ausgewertet und die ersten Entwürfe der Biografien angefertigt. Bis Februar 2005 (Facharbeitsabgabetermine) werden die Arbeiten abgeschlossen. Das Projekt endet mit einer öffentlichen Präsentation der Arbeiten am 22. März 2005 und einem gemeinsamen Abschlussseminar in Dachau. Die Teilnahme ist kostenfrei, allerdings müssen die Reisekosten z.T. selbst übernommen werden. TeilnehmerInnenplätze sind begrenzt! Durch ihr Engagement stellen die TeilnehmerInnen sicher, dass die Erinnerung an einige der vielen Deportierten des Zuges nicht ganz verloren geht. Facharbeiten im Rahmen des Gedächtnisbuches können auch in anderen Sprachleistungskursen sowie in Geschichte angeboten werden.

Interessierte erhalten Informationen über das Projekt per e-mail an [info@gedaechtnisbuch.de](mailto:info@gedaechtnisbuch.de) oder über das Jugendgästehaus Dachau, Pädagogischer Bereich, Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau, Tel.: 089-7609174 sowie im Internet unter [www.gedaechtnisbuch.de](http://www.gedaechtnisbuch.de)  
Kontakt: Sabine Gerhardus, Fempßstr. 42, 81373 München